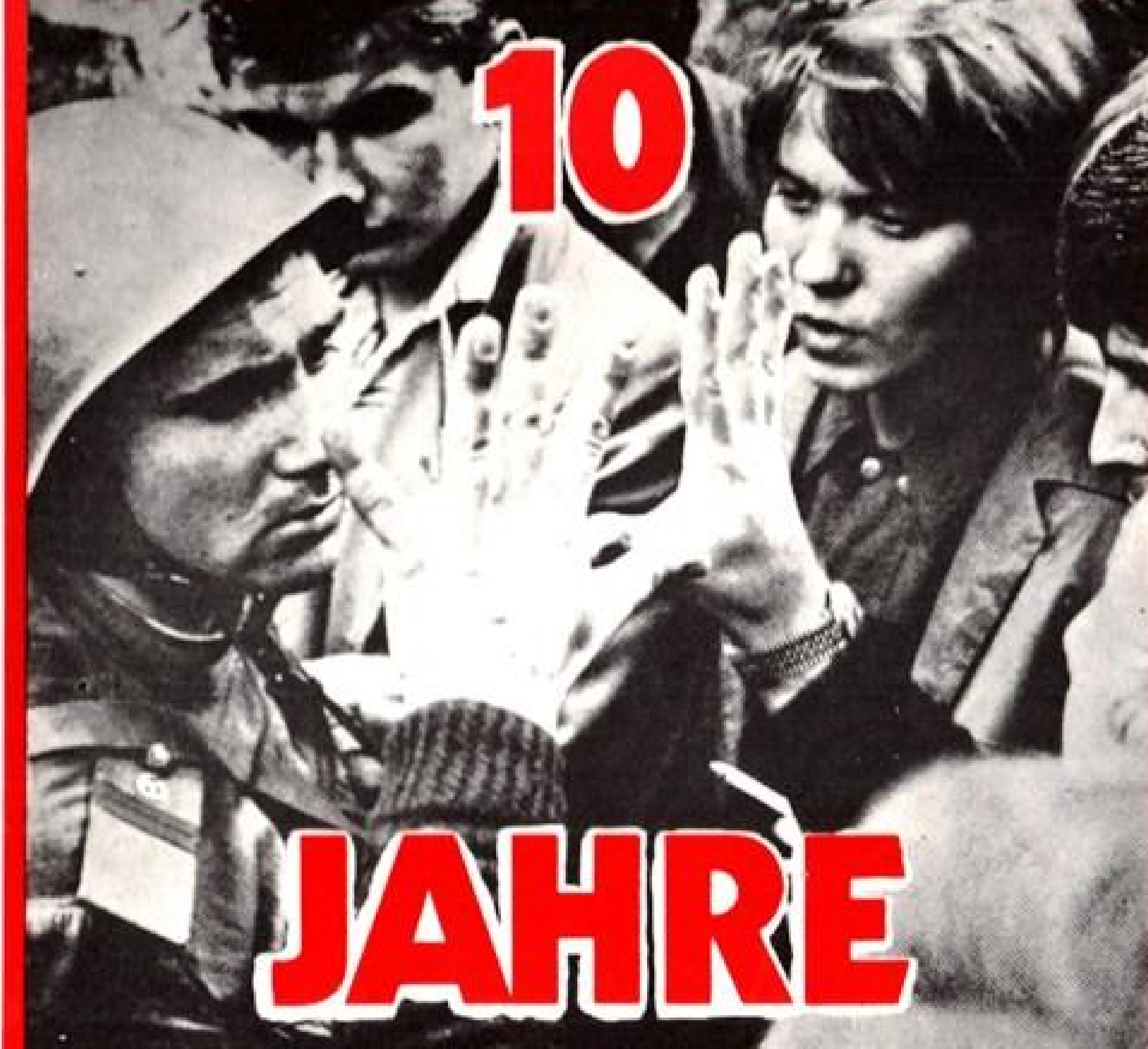
ČSSR 68–78



BESETZUNG

Bildet Komitees zur Vorbereitung breiter Protestaktionen gegen die sowjetischen Sozialimperialisten! Es lebe der Widerstand der tschechoslowakischen Völker!

In verschiedenen Städten Österreichs haben sich bereits solche Komitees und Initiativgruppen gebildet. In der Plattform der Wiener Initiative heißt es z.B.:

„In Österreich im Exil lebende Unterzeichner der ‚Charta 77' und ihre demokratisch gesinnten österreichischen Freunde haben in Wien eine Initiative ins Leben gerufen, die anläßlich des 10. Jahrestages der Okkupation der CSSR Protestaktionen gegen die andauernde Besetzung und die Verletzung der demokratischen Rechte in der CSSR durchführen will.
Wir wenden uns mit diesem Aufruf an die österreichische Öffentlichkeit und fordern sie zur Unterstützung und Solidarität auf. Wir wollen auf das Schicksal des seit zehn Jahren unter fremder Besatzung stehenden Nachbarlandes erinnern und auf die Mißachtung der Menschenrechte in der Tschechoslowakei aufmerksam machen. Wir fordern den Abzug der sowjetischen Truppen aus der CSSR, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung der politischen Diskriminierung in Beruf und Ausbildung.

Auch in Linz wurde ein Komitee gebildet, das unter folgenden Forderungen und Losungen zu einer Demonstration am 10. Jahrestag aufruft:

Nieder mit der sowjetischen Okkupation in der CSSR!
Nieder mit den sowjetischen Okkupanten und ihren Handlangern!
Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen der CSSR!
Herstellung der vollen nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität der CSSR!
Freiheit aller politischen Gefangenen in der CSSR!
Aufhebung der politischen Diskriminierung in Beruf und Ausbildung!
Volle Unterstützung des Kampfs des tschechoslowakischen Volkes um nationale Befreiung und Demokratie!
Wir fordern die österreichische Bundesregierung auf, diese Forderungen sowohl auf internationalen Versammlungen und Konferenzen als auch gegenüber der Regierung der Sowjetuniog und der CSSR zu vertreten!

In Graz, Innsbruck und Salzburg befinden sich solche Initiativgruppen im Aufbau.
Der 10. Jahrestag der brutalen Besetzung der CSSR durch die sowjetischen Truppen muß zu einer mächtigen Manifestation gegen die sowjetischen Sozialfaschisten und ihre Kriegstreiberei in der ganzen Welt gemacht werden.
Unterstützen wir die tschechoslowakischen Völker in ihrem gerechten und heldenhaften Kampf!
Schließen wir uns zusammen, um den 10. Jahrestag gut vorbereiten zu können!

Breite Demonstrationen in ganz Österreich sind die richtige Unterstützung für die tschechoslowakischen Völker und die richtige Antwort auf das Weltherrschaftsstreben der sowjetischen Sozialimperialisten!

KB Kommunistischer Bund Österreichs

Plakat des Kommunistischen Bundes Österreichs zur Mobilisierung für breite Demonstrationen am 21. August 1978, dem 10. Jahrestag der Besetzung der CSSR durch die sozialimperialistische Sowjetunion

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Preis S 18.- Nr. 6/78







Kommunist

Inhalt

Kommunist — Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Osterreichs, **erscheint monatlich. Einzelpreis:** S 18,-. **Abonnementpreis-Inland:** Halbjahr S 122,50, Ganzjahr S 245,-. **Abonnementpreis-Ausland:** Halbjahr S 137,50, Ganzjahr S 275,-. **Bestellungen an:** Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13. **Redaktionsadresse:** Redaktion Kommunist, 1042 Wien, Postfach 52.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Osterreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien

Bericht des Sekretärs des Zentralkomitees des Komunistischen Bundes Österreichs zum Kampf um den Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse (Auszüge)



1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs vom 6. — 8. Jänner 1978: Der Sekretär des Zentralkomitees beim Referat über die Aufgaben der Konferenz.

1. Im einleitenden Referat des Sekretärs des ZK auf der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz heißt es: „Mit der Gründung des KB Österreichs haben wir (durch die Überwindung der Zirkelzersplitterung) die erste Etappe in unserem Kampf um den Aufbau der Partei abgeschlossen, mit dieser 1.o.NDK schließen wir (angesichts der endgültigen Entartung von VRA und MLPÖ) die zweite Etappe ab. Die neue, dritte Etappe, wird dadurch charakterisiert sein, daß es nur mehr eine marxistisch-leninistische Organisation gibt, den KB Österreichs, und wir unter geänderten Umständen den Kampf um den Aufbau der Partei fortführen. Das Referat zur marxistisch-leninistischen Bewegung, das Euch bereits schriftlich vorliegt, begründet ausführlich, warum wir davon ausgehen müssen, daß die MLPÖ und VRA heute die Farbe gewechselt haben. Unsere Orientierung in der Dritten Etappe ist, mit aller Kraft an der Schaffung aller wichtigen und notwendigen Voraussetzungen für die Gründung der Partei zu arbeiten. Wir müssen im Parteiaufbau entscheidende Fortschritte erzielen. Aus dem gesamten Klassenkampf im internationalen Maßstab und in Österreich, aus der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich, und aus unserer eigenen Entwicklung ergibt sich zwingend die dringende Notwendigkeit der Partei. Wir sagen: Der Parteiaufbau ist eine aktuelle Aufgabe. Vielleicht sollten wir es deutlicher sagen: Der Parteiaufbau ist eine Kampfaufgabe, er erfordert harten Kampf, Verstärkung unserer Arbeit für die revolutionäre Sache, und dieser Kampf muß hier und heute, jederzeit, täglich, stündlich, mit aller Kraft geführt und vorangetrieben werden, in zwei Jahren soll die zweite ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz stattfinden. Dort werden wir neuerlich Bilanz ziehen und prüfen, ob wir die dritte Etappe abschließen und in die vierte Etappe, die unmittelbare Vorbereitung der Gründung der Partei, eintreten können. Das ist unsere Orientierung für die nächsten zwei Jahre." (Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz, Seite 6f)

2. Um das zu erreichen, muß ein konkreter Plan für den ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbau in diesen zwei Jahren ausgearbeitet und Schritt für Schritt mit dem notwendigen Schwung und der notwendigen Entschlossenheit realisiert werden. Es genügt nicht, das Ziel, bis 1980 möglichst alle notwendigen Voraussetzungen für die Gründung der Partei zu schaffen, im Mund zu führen, aber keinen konkreten Plan zu haben, wie dies tatsächlich erreicht werden kann. Die entschlossene Kursnahme und die planmäßige, systematische Inangriffnahme des Aufbaus der Partei bis zu dem Punkt, wo ihre Gründung möglich wird, das Treffen aller notwendigen, radikalen, einschneidenden Maßnahmen zu diesem Zweck, der restlose Bruch mit allen Auffassungen und Vorstellungen, die den Parteiaufbau und daher den Zellenaufbau, den Aufbau der Wochenzeitung usw. usf. nicht als Tagesaufgabe sehen, sondern als nebulose „Perspektive eines Jahrzehnts", die in der Praxis bedeutungslos ist. Die Ideologie des „Parteiaufbaus als spontaner Prozeß" muß restlos geschlagen werden durch die Ideologie „Parteiaufbau als Plan", um die bekannte Leninsche Ausdrucksweise aus „Was tun?" hier anzuwenden. Die 1. o. Nationale Delegiertenkonferenz hat auf Grund einer Analyse der Lage die „dritte Etappe" proklamiert. Sie hat gute Ausgangsbedingungen dafür geschaffen. Einen Aufbauplan selbst konnte sie noch nicht vorlegen. Während der Ausrichtungsbewegung in der ersten Hälfte 1978 haben wir uns — wenn man so will — ausgehend von den Ergebnissen der DK die Startlöcher gegraben für die jetzt, nach Abschluß der Ausrichtungsbewegung notwendige neue und verstärkte Offensive im Aufbau der Partei. Das zweite (erweiterte) ZK-Plenum hat die Aufgabe, den strategischen Plan für diese Offensive bis 1980 zu erörtern und in Umrissen festzulegen. Die Losung ist, unsere Organisation zielstrebig zur Parteiorganisation aufzubauen und dabei bis 1980 möglichst weitgehende Fortschritte zu erzielen, um dann bei der nächsten ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz die Frage der Parteigründung zu beraten.

3. Das Ziel, das uns die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz für den Parteiaufbau setzt, ist keine x-beliebige Erfindung, sondern es beruht auf Tatsachen des internationalen Klassen-



1. Mai 1973: Agitationsbroschüre des Kommunistischen Bundes Wien

Bourgeoisie und vor den Aufgaben der Revolution, auf unsere Organisation sehr groß und die Gefahr ihrer revisionistischen Entartung akut werden. Eine kommunistische Organisation arbeitet sich entweder auf die Höhe ihrer Aufgaben empor oder sie geht zugrunde — das zeigen uns die Erfahrungen der marxistisch-leninistischen Bewegung der 60er-Jahre sehr deutlich. Eine Organisation von der Art, wie wir es heute sind, werden wir in zwei Jahren jedenfalls nicht mehr sein können.

4. Um unser Ziel im Parteiaufbau zu erreichen, ist eine Offensive im Aufbau unserer Organisation, in ihrem Aufbau zur Parteiorganisation notwendig. Wenige Tage nach dem zweiten (erweiterten) ZK-Plenum jährt sich zum zweiten Mal die Gründung unserer Organisation. „Wenn wir heute zurückblicken, dann können wir sagen: Wir haben beträchtliche Fortschritte in dieser Zeit erzielt. Aus einem halben Dutzend kleiner unerfahrener und politisch äußerst schwach entwickelter Zirkel haben wir eine Organisation aufgebaut, die bereits einen gewissen Einfluß in der Arbeiterklasse und im Volk hat und beginnt, ein politischer Faktor zu werden. Wir haben eine gesamtnationale, demokratisch-zentralistische und mit einem revolutionären Programm gewappnete Organisation geschaffen. Man kann uns sagen, daß wir jetzt in der Politik nicht mehr auf allen Vieren kriechen, sondern schon aufrecht gehen. Allmählich werden wir dabei auch sicherer, und das Schwanken hält sich in Grenzzen.

Es ist jedoch offensichtlich, daß das nicht genügt. Es ist offensichtlich, daß die Arbeiterklasse mehr braucht. Es ist offensichtlich, daß die Fortschritte gering sind, verglichen mit dem, was notwendig wäre. Notwendig sind rasche und bedeutende Fortschritte. Notwendig sind wesentlich raschere und bedeutendere Fortschritte als die der vergangenen zwei Jahre. . . . Wenn — so wie heute — die Kämpfe und Bewegungen der

kampfes. Es ist nicht nur so, daß es günstig wäre, 1980 an die Vorbereitung der Gründung der Partei gehen zu können. Es ist vielmehr so, daß das absolut notwendig ist, um die Aufwärtsentwicklung der spontanen Arbeiterbewegung und unserer Organisation zu sichern. Die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Gründung der Partei ist dringend notwendig. Bringen wir das nicht zustande, wird es Rückschläge in der ideologischen, politischen und organisatorischen Entwicklung der Massenbewegung als auch Rückschläge unserer Organisation geben. Die Frage ist eine Kampffrage, hat die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz festgehalten, und das bedeutet, daß es eine Frage von Sieg oder Niederlage ist: Sind wir 1980 so weit, wie wir sein wollen, können wir an die Vorbereitung der Gründung der Partei gehen, dann werden wir einen großen Sieg errungen haben und die Gründung der Partei wird einen gewaltigen Sprung vorwärts im Klassenkampf bedeuten. Wenn wir aber scheitern, dann können wir nicht „noch einmal von vorne beginnen", dann haben wir zwei Jahre verloren, zwei Jahre, die der Feind genutzt haben wird, dann sind wir weit hinter den Anforderungen des Klassenkampfes zurückgeblieben, dann wird es Enttäuschung geben unter den Massen, die ja den Kampf um den Aufbau der Partei immer mehr verfolgen, unterstützen, tragen werden, und in den eigenen Reihen, dann werden wir es mit einer Niederlage zu tun haben, und durch diese Niederlage wird, abgesehen von allen anderen Rückschlägen und Zersetzungserscheinungen der Druck von Revisionismus, der Kapitulation vor der


Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!
KLASSENKAMPF
Es lebe der 1. Mai
DER INTERNATIONALE KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE!
DIE ARBEITERKLASSE MUSS ... FÜHREN
KAMBODSCHA: Sieg im Volkskrieg!

KLASSENKAMPF
Portugal: D...

Kommunist... Volkszei...

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
Kommunistischer Bund (KB) Salzburg/Hallein
Vernichtungsplan der USA und Thieus aufgedeckt
Gegen die Tarifer... Gemeinde Salzb...

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!
KLASSENKAMPF
Es lebe der 1. Mai - der internationale Kampftag der Arbeiterklasse!
Gegen Lohnsteuerraub - 10.000,- S im Monat steuerfrei

Nach der Gründung des KB Wien entstanden 1974 auch in Salzburg, Graz, Linz und Innsbruck Kommunistische Bünde.

Arbeiterklasse und des Volkes einen Aufschwung nehmen, dann zeigt sich noch schmerzlicher und praktisch-anschaulich der Widerspruch zwischen den großen Aufgaben des Klassenkampfs und der politischen Schwäche der kommunistischen und Arbeiterbewegung. Die Aufgaben sind groß und zugleich gibt es Kräfte zur Lösung dieser Aufgaben genug. Es geht darum, die vorhandenen Kräfte in Bewegung zu setzen und organisiert zum Einsatz zu bringen, um den genannten Widerspruch zu lösen. . . . Es ist klar, daß es nicht genügt, *überhaupt* Fortschritte im



April 1976: Veröffentlichung des von einer Programmkommission ausgearbeiteten Entwurfs für Programm und Statut des KB Österreichs.

Aufbau unserer Organisation zu erzielen. Notwendig sind entscheidende Fortschritte. Notwendig ist es, bis 1980 einen Durchbruch im Aufbau unserer Organisation zur Parteiorganisation zu erzielen. Diese Losung kann in die Tat umgesetzt werden. Sie kann verwirklicht werden, wenn ein entschiedener Kampf dafür geführt wird. Die Kräfte müssen angespannt werden, vor allem aber müssen unsere Kräfte *befreit* werden von allen Fesseln des Ökonomismus und Opportunismus, des Schematismus und Bürokratismus, der Abkapselung von den Massen und Einigelung, der in einigen Teilen der Ortsgruppen und Ortsverbände verbreiteten Versessenheit auf Sitzungen, der Verknöcherung und Schwerfälligkeit, aber auch des Liberalismus und Salonkommunismus, kurzum von den Fesseln des Revisionismus, denn das alles sind Erscheinungsformen des Revisionismus." (Rede des Sekretärs des ZK zum 1. Mai 1978.)

5. Die von der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz ausgegebene Orientierung, die ernst macht mit dem Parteiaufbau und mit den Aufgaben, die uns die 1. ordentliche NDK gestellt hat, muß in der Praxis und daher in der Hauptsache durchgekämpft werden gegen Erscheinungen des Konservativismus, der „Liebe zum alten Trott", der Kleinmütigkeit, der Selbstgenügsamkeit, der Engstirnigkeit, des Festklammerns am Bestehenden, der Angst vor radikalen Änderungen, gegen die Ideologie des „mäßigen Fortschritts im Rahmen des Möglichen", gegen die Ideologie der „Sicherung des Erreichten", gegen die Ideologie der Abschirmung unserer Organisation und der Fortschritte in ihrem Auftreten gegenüber den Massen und gegenüber der Zukunft, gegen die Unterschätzung und Einschränkung unserer großen Aufgaben und die noch größere Unterschätzung der vorhandenen und mobilisierbaren Kräfte. Dem Wesen der Sache nach sind diese Erscheinungen und Ideologien Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf unsere Organisation, der Kapitulation vor den revolutionären Aufgaben, der Angst vor der stürmischen Entwicklung des Klassenkampfes, des Sich-zurückziehens gegenüber den Massen. Dem Wesen der Sache nach haben wir es hier also mit dem Einfluß des Revisionismus zu tun, mit Revisionismus in



August 1976: Der Kommunistische Bund Österreichs ist gegründet und veröffentlicht sein Programm und Statut und seine Gründungsdokumente.

ideologischer, politischer und organisatorischer Hinsicht. „Lieber Klassenfrieden statt Klassenkrieg", „Lieber eine langsame und ruhige Entwicklung als eine sprunghafte und heftige Entwicklung", „Lieber es bleibt so, daß man mit den vorhandenen Fähigkeiten, Strukturen usw. auskommt, als man wird ins Wasser geschmissen, und muß sich neue Fähigkeiten erwerben, Strukturen schaffen usw." „Lieber eine Sekte und man ist unter sich, als Avantgardeorganisation der Massen" — das sind die Leitsätze dieses Revisionismus. Und um die Sache anschaulicher zu machen, kann man diese Leitsätze durch konkrete Beispiele illustrieren: „Lieber die geordnete Durchführung des ‚Arbeitsplans' als der unerwartete Ausbruch eines Streiks", „lieber möglichst bald den ‚geordneten Rückzug' antreten, als die Chance zum Angriff zu nutzen", „lieber am Samstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung über das Thema Steigerung des ZO-Verkaufs machen, statt das Zentralorgan zu verkaufen." Die Reihe dieser Beispiele könnte sicherlich jeder Genosse aus eigener Erfahrung ergänzen. Nicht, daß jemand das alles absichtlich wollte, nicht, daß es nicht „gute Vorsätze" gäbe, das zu ändern, nicht, daß jemand nicht für Streiks wäre oder ein begeisterter Anhänger von Sitzungen am Samstag vormittag — aber das Zurückscheuen vor den revolutionären Aufgaben, vor dem Kampf, vor den Massen ist dann doch oft noch größer, und der Bourgeois, der ideologisch in jedem von uns noch steckt, setzt sich durch.

Ohne weiteres kann eine solche rechte Praxis übrigens einhergehen mit Phrasen darüber, daß die Partei unerbittlich und auf jeden Fall und ohne Rücksicht auf den bis dahin erreichten Stand der Dinge 1980 am Papier „gegründet" wird. Nichts



EINE MILLION SCHILLING!
PSK 2418.889

Erste Etappe weit übertroffen!
Ende Juli bereits über 600.000,-

Zur Sammlung von 1 Million Schilling hat Mitte März das ZK des KB Österreichs aufgerufen und gleichzeitig festgelegt, daß in einer ersten Etappe bis Ende Juli die Hälfte der Summe bereits gesammelt sein soll. Dieses Ziel ist nun bei weitem, um mehr als 20 %, übertroffen worden. Die Erreichung dieses Zwischenziels, seine Überschreitung, ist ein schwerer Schlag für die Kapitalistenklasse, und ihren Staat, und ein bedeutender Erfolg im Kampf um den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse.

Schon jetzt läßt sich sagen, daß es gelingen wird, bis Jahresende das gesteckte Ziel von 1 Million Schilling weit zu übertreffen.



1. Mai 1978: Demonstration des KB Österreichs in Wien.

ist leichter als das „Umkippen" der Spielart des Opportunismus, die man als Nachtrabpolitik bezeichnet, in die andere Spielart, die durch Voluntarismus schlimmster Sorte gekennzeichnet ist. Dort oder da gibt es die Erscheinung, das praktische Vernachlässigen des Parteiaufbaus zu vernebeln durch solche voluntaristischen und spekulativen Phrasen. Gerade die Ausarbeitung eines strategischen Plans für den Parteiaufbau bis 1980 und der Kampf um seine bewußte Realisierung wird auch diesen Erscheinungen zu Leibe rücken.

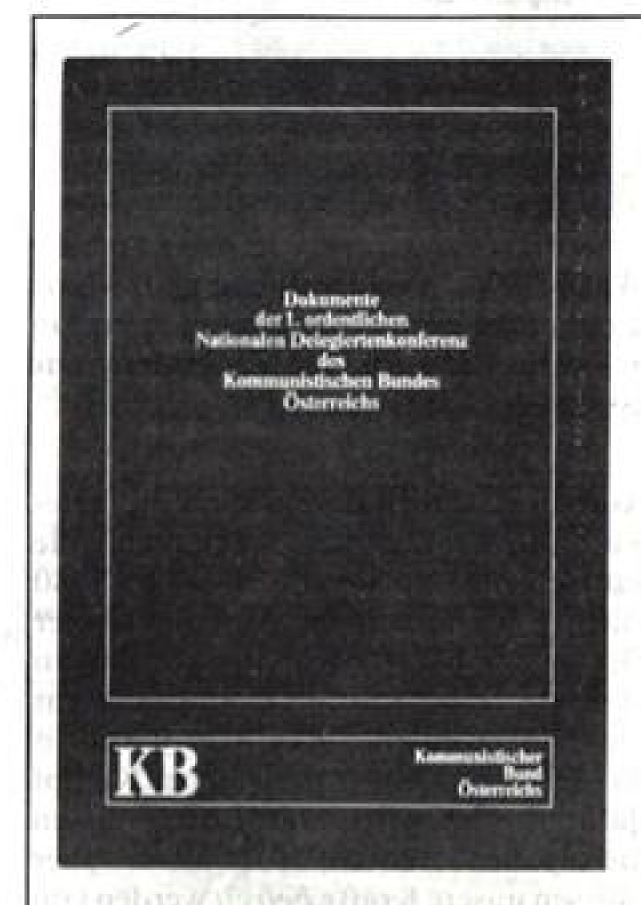
Wir sehen also, daß der Revisionismus in unseren Reihen nicht nur eine abstrakte Gefahr ist, sondern eine höchst konkrete und aktuelle Gefahr, und nicht nur eine Gefahr, sondern auch Realität. Man muß der Tatsache ins Auge sehen, daß es in Gestalt der angeführten Erscheinungen ernstzunehmende revisionistische Tendenzen in unserer Organisation gibt. Der Kampf gegen den Einfluß des Revisionismus im Inneren unserer Organisation muß daher ein Bestandteil und eine Seite des Kampfes um die Partei sein. Wie nach außen, führen wir auch nach innen den Kampf gegen den Revisionismus nicht, indem wir ihn im Mund führen, sondern indem wir uns konkrete Aufgaben im Parteiaufbau stellen, sie entschlossen anpacken und sie richtig lösen. Gleichzeitig müssen wir die Realität und die Gefährlichkeit des Einflusses des Revisionismus im Inneren unserer Organisation sehen, und daß er den inneren Zusammenhang der verschiedenartigsten schlechten Erscheinungen und „linken" und rechten Fehlern bildet. Der einzig mögliche Weg des erfolgreichen Kampfes gegen den Revisionismus im Inneren ist der Weg der Offensive im Aufbau unserer Organisation zur Parteiorganisation. Der Revisionismus hat sich schon viel stärker in unserer Organisation eingenistet, als dies auf den ersten Blick wahrzunehmen ist, und man darf ihn nicht nur in augenfälligen Abweichungen von der ideologischen Linie unserer Organisation suchen. Man findet seinen Einfluß überall beim ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbau der Organisation. Er kann aber unbedingt besiegt werden, wenn die Masse der Genossen, die gegen den Revisionismus und für den Aufbau der Partei kämpfen wollen, dafür mobilisiert wird, und wir uns auch dabei auf die Massen stützen.



1. Mai 1978: Veranstaltung des KB Österreichs in Innsbruck.



Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs
Erhältlich in deutsch und slowenisch sowie in serbokroatischer Übersetzung.



Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalte: Kommuniqué, Referat des Sekretärs des ZK zu den Aufgaben der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz, Politischer Bericht des ZK an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz, Resolution zur Analyse der internationalen Lage, Referat des Sekretärs des ZK zur Lage und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich, Organisationsbericht des ZK an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz, Resolution zu den Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften, Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten, die wichtigsten Änderungen am Programm, die wichtigsten Änderungen am Statut, Beschluß der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz zum Politischen Bericht und Organisationsbericht des ZK, Schlußwort des Sekretärs des ZK.
158 Seiten, Preis S 50.- Zu beziehen: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertriebrevolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Die Charta 77 — eine demokratische Bewegung gegen die faschistischen Besatzer und ihre Handlanger

Am 1. Jänner 1977 trat eine Gruppe tschechoslowakischer Oppositioneller erstmals mit der „Charta 77" an die Öffentlichkeit. Die Wirkung war gewaltig: Praktisch das erste Mal seit Anfang der 70er-Jahre hatten es tschechoslowakische Bürger wieder offen und als Gruppe gewagt, gegen die herrschenden Verhältnisse aufzutreten, und dies noch dazu in schriftlicher Form. Während die russischen Faschisten schäumten und ihre tschechoslowakischen Henkersknechte bereits 14 Tage nach Erscheinen der „Charta 77" die ersten Verhaftungen vornahmen, stürzten sich die Bourgeois westlicher Provenienz gierig auf das Dokument und seine bekanntesten Unterzeichner, um die ganze Angelegenheit vorerst für sich in Beschlag zu nehmen und als ihr glorreiches Werk auszugeben.

Vor allem letzteres führte zu einigen Schwankungen und Unsicherheiten auch in unseren Reihen. Aus Angst, der Bourgeoisie und den westlichen Imperialisten auf den Leim zu gehen, wurde die Bedeutung der „Charta 77"-Initiative manchmal heruntergespielt, ja in Einzelfällen wurde ihr sogar jede Bedeutung für den „tatsächlichen" Kampf der Tschechen und Slowaken gegen die sozialimperialistische Besetzung des Landes und für die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität der Tschechoslowakei und für die soziale Befreiung der tschechoslowakischen Völker aberkannt. Es stimmt schon, daß eine solche Haltung verhindert, daß man im Schlepptau der westlichen Imperialisten einherschwankt. Tatsache ist aber, daß eine solche Haltung vor allem auf die Unterordnung unter den Sozialimperialismus hinausläuft, auf die Verharmlosung seines faschistischen Charakters, auf das Unverständnis der derzeitigen Situation in der Tschechoslowakei und der tschechoslowakischen Völker, letztlich aber auf das Aufgeben einer konsequenten und tatkräftigen Unterstützung des Kampfs der tschechoslowakischen Völker.

Das nächste Ziel der tschechoslowakischen Völker ist die Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität der CSSR

Solange die sowjetischen Faschisten ihre Truppen im Land haben, solange sie über ihre Quislinge die tschechoslowakischen Völker unterdrücken und ausbeuten, und das Land hemmungslos ausplündern, solange stellt sich für die tschechoslowakischen Völker die Aufgabe, die sozialimperialistischen Okkupanten aus dem Land zu jagen, die Kollaborateure abzusetzen und eine Regierung der nationalen Einheit unter Führung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu errichten. Dann, und erst dann, ist der Weg zum erfolgreichen Wiederaufbau des Sozialismus, des wirklichen Sozialismus, möglich, weil erst dann die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Die tschechoslowakischen Völker finden sich heute in einer ähnlichen Situation wie nach der Besetzung der CSR durch die Hitlerfaschisten 1939. Im Kampf gegen die faschistische Fremdherrschaft bildete sich die „Nationale Front" heraus, die alle antifaschistischen Kräfte umfaßte und die auch nach der Befreiung des Landes durch die Rote Armee der damals noch revolutionären, sozialistischen Sowjetunion, die Regierung stellte.

Auch heute ist eine solche „Nationale Front" aller antifaschistischen Kräfte notwendig, und auch heute wird sie im Kampf gegen die sowjetischen Faschisten und die Kollaborateure aufgebaut.

Einen wichtigen Unterschied gibt es allerdings zu 1938: Besaß die Arbeiterklasse in der CSR damals eine starke, konsequente, kampferprobte kommunistische Partei, die im bewaffneten Befreiungskampf die führende Rolle spielte, so muß eine solche Partei heute erst aufgebaut werden, nachdem die KPC zu einer reinen Kollaborationspartei der sowjetischen Sozialfaschisten geworden ist.

Solange es diese Partei nicht gibt, solange werden auch die tschechischen und slowakischen Arbeiter und Bauern sich nicht konsequent und auf Dauer an die Spitze der nationalen Bestrebungen der tschechoslowakischen Völker stellen können und solange wird auch dem Widerstand gegen die faschistischen Okkupanten notgedrungen die revolutionäre Führung fehlen.

Das Fehlen einer solchen Partei ändert natürlich nichts daran, daß es Widerstand und Kampf gegen die Faschisten gibt. „Wo es Unterdrückung gibt, gibt es Widerstand", diese historische Tatsache gilt für die Tschechoslowakei ebenso wie für alle unterdrückten und ausgebeuteten Völker und Länder.



CSSR 1968 — Nieder mit der sozialimperialistischen Okkupation!
Herausgegeben vom KB Österreichs zum 10. Jahrestag des Einmarsches der sowjetischen und Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR.

Inhalt:
* Die Okkupation der CSSR 1968
* Die „Befriedung" der CSSR
* Die Okkupation der CSSR enthüllte erstmals offen den sozialimperialistischen Charakter der Sowjetunion
* Vom antifaschistischen Befreiungskampf zum Prager Frühling

32 Seiten, Preis S 6,-
Zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13.

Sämtliche patriotischen Kräfte der CSSR können sich unter diesem Gesichtspunkt zusammenschließen

Wer kann sich an diesem Widerstand und Kampf beteiligen? Offensichtlich alle jene Kräfte, die in Widerspruch zur sozialimperialistischen Besatzermacht stehen. Wer ist das?

Auf jeden Fall die tschechischen und slowakischen Arbeiter und Bauern. Sie werden von den Faschisten bis aufs Blut ausgebeutet und geknechtet. Sie sind praktisch vollständig ihrer politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Rechte beraubt. Der Widerspruch zwischen den tschechoslowakischen Arbeitern und Bauern und den sozialimperialistischen Besatzern sowie deren Kollaborateuren ist absolut und kann nur durch die Vertreibung der Besatzer, den Sturz der Kollaborateure und die Errichtung der eigenen Staatsmacht gelöst werden.

Neben den Arbeitern und Bauern steht auch die breite Masse des städtischen Kleinbürgertums und der Intellektuellen in scharfem Widerspruch zur Besatzermacht. Auch sie werden geknechtet und unterdrückt und ihrer Existenzgrundlage beraubt. Auch sie haben absolutes Interesse an der Niederwerfung der Faschisten und der Unabhängigkeit und Freiheit des Landes vom Sozialimperialismus.

Und schließlich gehört zu diesen Kräften die nationale Bourgeoisie, der es ebenfalls nicht recht sein kann, daß andere als sie selbst die Nutznießer der Ausbeutung und Unterdrückung der Volksmassen sind. Insofern steht sie im Widerspruch zu den sowjetischen Sozialimperialisten und ihren Lakaien und insofern hat sie auch Interesse an der Erreichung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität der CSSR.

Entsprechend breit ist auch das Spektrum des Widerstandes. Und entsprechend gibt es auch verschiedene Linien im Kampf gegen die sozialimperialistische Besatzermacht. Grundsätzlich ist es sicher so, daß heute in der Tschechoslowakei jeder Widerstand gegen die Faschisten mehr oder weniger aus der Illegalität heraus geplant, organisiert und durchgeführt werden muß (wie natürlich auch die revolutionäre Partei des Proletariats nur illegal aufgebaut werden kann). Das ist einfach deshalb so, weil in der CSSR der offene weiße Terror herrscht, der jede Opposition und jeden Ansatz zum Widerstand möglichst rasch und umfassend zerschlägt.

Das heißt aber nicht, daß es für die tschechoslowakischen Völker keine „legalen" Möglichkeiten des Kampfes gibt (wobei legal längst nicht bedeutet, daß die Träger einer solchen Form des Widerstandes, auch wenn er sich „im Rahmen der Gesetze" hält, vor Verurteilung, Gefängnis und Landesverweisung sicher wären).

Eine solche „legale" Form des Widerstands stellt zweifellos die „Charta 77"-Bewegung dar. Die „Charta"-Bewegung ist heute eine relativ breit entfachte Massenbewegung, in der sich Angehörige aller patriotischen Klassen und Schichten der tschechoslowakischen Völker zusammengeschlossen haben.

In den Dokumenten der „Charta", wie in der „Charta" selbst, spiegeln sich daher auch die verschiedenen Linien in der Widerstandsbewegung deutlich wider. Neben vielen konsequenten Angriffen auf die Faschisten und ihre Quislinge, neben vielen richtigen Forderungen und Losungen für den Kampf, findet man immer wieder auch Angebote an die von den sowjetischen Imperialisten eingesetzte Regierung, „gemeinsam" die Lage der Volksmassen zu verbessern, findet man Ausgleichsangebote an den Sozialimperialismus und findet man Anbiederungsversuche an den westlichen Imperialismus. Zweifellos drückt sich hier der Einfluß der bürgerlichen Kräfte in der „Charta"-Bewegung aus.

Aber ändert das etwas am grundsätzlich positiven Charakter der „Charta"? Ändert das etwas daran, daß die „Charta"-Bewegung heute von allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften, auch in Österreich, unterstützt und propagiert werden muß? Natürlich nicht.



Die sowjetischen Besatzer und ihre Marionette: zwei sowjetische Generäle und Parteichef Husak.

Die „Charta 77"-Plattform

Im ersten Dokument der „Charta"-Initiative, der bekannten „Charta 77" werden die Grundsätze über Aufgaben und Charakter der Bewegung dargelegt.

In erster Linie geht es den Initiativen der Charta um die Erkämpfung der grundlegendsten bürgerlich-demokratischen Rechte in der Tschechoslowakei.

Unter anderem heißt es:

„Zehntausenden von Bürgern wird es nur deshalb unmöglich gemacht, in ihrem Fach zu arbeiten, weil sie Ansichten vertreten, die sich von den offiziellen Ansichten unterscheiden. Zudem werden sie häufig Objekt vielfältigster Diskriminierung und Schikane seitens der Behörden und gesellschaftlichen Organisationen; jedweder Möglichkeit der Verteidigung beraubt, werden sie praktisch zu Opfern einer Apartheid. (. . .) Die Geltendmachung des Rechts, ‚Informationen und Gedanken aller Art ohne Rücksicht auf Grenzen zu vermitteln, anzunehmen und zu verbreiten, sei es mündlich, schriftlich oder in gedruckter Form' oder ‚vermittels der Kunst' (. . .) wird nicht nur außergerichtlich, sondern auch gerichtlich verfolgt, häufig unter dem Deckmantel krimineller Beschuldigung (wovon unter anderem die eben gegen junge Musiker geführten Prozesse zeugen).

Die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung wird von der Zentralverwaltung aller Kommunikationsmittel sowie der publizistischen und kulturellen Einrichtungen unterdrückt. Keine politische, philosophische oder wissenschaftliche Ansicht, auch keine künstlerische Äußerung, die nur ein wenig vom engen Rahmen der offiziellen Ideologie oder Ästhetik abweicht, kann veröffentlicht werden; öffentliche Kritik an gesellschaftlichen Krisenerscheinungen wird unmöglich gemacht; die Möglichkeit öffentlicher Verteidigung gegen unwahre und beleidigende Behauptungen seitens der offiziellen Propaganda ist ausgeschlossen (. . .) lügenhafte Beschuldigungen lassen sich nicht widerlegen, und vergeblich ist jeder Versuch, auf dem Gerichtsweg Abhilfe oder eine Richtigstellung zu erwirken; im Bereich geistigen oder kulturellen Schaffens ist eine offene Diskussion ausgeschlossen. Viele wissenschaftlich und kulturell Tätige sowie andere Bürger werden nur deshalb diskriminiert, weil sie vor Jahren Ansichten veröffentlicht oder offen ausgesprochen haben, die von der gegenwärtigen politischen Macht verurteilt werden.

Die Bekenntnisfreiheit (. . .) wird von machthaberischer Willkür systematisch eingeschränkt: durch Beschneidung der Tätigkeit von Geistlichen, über denen dauernd die Drohung des Entzugs oder des Verlusts der staatlichen Billigung der Ausübung ihrer Funktion schwebt; durch existentielle oder andere Repressalien gegenüber Personen, die ihr religiöses Bekenntnis durch Wort oder Tat bekunden; durch Unterdrückung des Religionsunterrichts und ähnliches.

Das Instrument der Einschränkung und häufig auch der völligen Unterdrückung einer Reihe von bürgerlichen Rechten ist ein System faktischer Unterordnung sämtlicher Institutionen und Organisationen im Staat unter die politischen Direktiven des Apparats der regierenden Partei und der Beschlüsse machthaberisch einflußreicher Einzelpersonen. Die Verfassung der Tschechoslowakei, andere Gesetze und Rechtsnormen regulieren weder Inhalt und Form noch Gestaltung und Anwendung solcher Beschlüsse; sie werden vorwiegend hinter den Kulissen, oft nur mündlich, gefaßt, sind den Bürgern insgesamt unbekannt und von ihnen nicht kontrollierbar; ihre Urheber sind niemandem verantwortlich als sich selbst und ihrer eigenen Hierarchie, dabei beeinflussen sie jedoch auf entscheidende Weise die Tätigkeit legislativer und exekutiver Organe von Staatsverwaltung, Justiz, Gewerkschafts-, Interessen- sowie allen anderen gesellschaftlichen Organisationen, anderen politischen Parteien, Unternehmen, Werken, Anstalten, Behörden, Schulen und weiteren Einrichtungen, wobei ihre Anordnungen selbst vor dem Gesetz Vorrang genießen. Geraten Organisationen oder Bürger bei der Auslegung ihrer Rechte und Pflichten in Widerspruch zur Direktive, können sie sich an keine unparteiische Instanz wenden, weil keine existiert. (. . .)

Dieser Zustand verwehrt es auch Arbeitern und anderen Berufstätigen, zum Schutze ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen ohne jedwede Einschränkung gewerkschaftliche und andere Organisationen zu gründen und frei das Streikrecht (. . .) anzuwenden.

Weitere Bürgerrechte, einschließlich des ausdrücklichen Verbots ‚willkürlicher Eingriffe in Privatleben, Familie, Heim oder Korrespondenz' (. . .) werden auch dadurch bedenklich verletzt, daß das Innenministerium auf unterschiedlichste Weise das Leben der Bürger kontrolliert, zum Beispiel durch das Abhören von Telephonen und Wohnungen, durch Kontrolle der Post, durch persönliche Überwachung, durch Hausdurchsuchungen, durch Aufbau eines Netzes von Informationen aus der Reihen der Bevölkerung (oft vermittels unstatthafter Drohungen oder umgekehrt gewonnen) und so weiter. Oft greift das Innenministerium dabei in die Entscheidungen des Arbeitgebers ein, inspiziert diskriminierende Aktionen von Behörden und Organisationen, beeinflußt Justizorgane und lenkt auch Propagandakampagnen der Kommunikationsmittel. Diese Tätigkeit wird nicht von Gesetzen geregelt, sie ist geheim und der Bürger kann sich auf keine Art dagegen wehren.(. . .)

Manche Bürger weisen – sei es privat, am Arbeitsplatz oder öffentlich, was praktisch nur in ausländischen Kommunikationsmitteln möglich ist – auf die systematische Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten hin und fordern in konkreten Fällen Abhilfe; ihre Stimme findet jedoch meist keinen Widerhall, oder sie werden zum Gegenstand von Ermittlungen.

Um diesen Zuständen den Kampf anzusagen, um eine möglichst breite Bewegung für die Erkämpfung der grundlegendsten bürgerlich-demokratischen Rechte zu enfachen, gaben die „Charta"-Initiatoren der Bewegung einen bewußt breiten organisatorischen Rahmen:

„Charta 77 ist eine freie informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung von Bürgerund der Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen – jener Rechte, die dem Menschen von beiden kodifizierten internationalen Pakten, von der Abschlußakte der Konferenz in Helsinki, von zahlreichen weiteren internationalen Dokumenten gegen den Krieg, Gewaltanwendung und soziale und geistige Unterdrückung zugestanden werden und die zusammenfassend von der ‚Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte' der UN zum Ausdruck gebracht werden.

CHARTA 77 fußt auf dem Boden der Solidarität und Freundschaft von Menschen, die von der gemeinsamen Sorge um das Geschick der Ideale bewegt werden, mit denen sie ihr Leben und ihre Arbeit verbunden haben und verbinden.

CHARTA 77 ist keine Organisation, hat keine Statuten, keine ständigen Organe und keine organisatorisch bedingte Mitgliedschaft. Ihr gehört jeder an, der ihrer Idee zustimmt, an ihrer Arbeit teilnimmt und sie unterstützt."

Bereits am 9. März 1977, also drei Monate nach Erscheinen der Plattform, hatten sich mehr als 600 Bürger der Erklärung angeschlossen, trotz ständiger Verfolgung der Initiatoren durch den Staatsapparat, trotz schärfstem Druck und einer beispiellosen Hetzkampagne.



Ladislav Hejdanek, ehemaliger Universitätsprofessor und jetzt Heizer, Unterzeichner der „Charta 77" und einer ihrer offiziellen Sprecher.

Die „Charta 77-Dokumente" — Anprangerung der elenden, rechtlosen Lage und Forderungen nach Verbesserungen

Von besonderer Bedeutung ist das „Dokument Nr. 7" über die „sozialen und wirtschaftlichen Rechte". Die „Charta" fordert als erstes die gerechte Entlohnung, die *„in der Tschechoslowakei nahezu illusorisch ist, weil der Lohn nur eines einzigen Ernährers in der Familie nur in den seltensten Fällen ein angemessenes Niveau für die ganze Familie sichern kann". „Gerade deshalb gibt es in der Tschechoslowakei einen so hohen Beschäftigungsgrad von Frauen, ja einen der höchsten in der Welt. Jeder ist sich bewußt, daß hier aus der Not eine Tugend gemacht wird. Die Mehrheit der Frauen geht nicht aus Sehnsucht nach einem erfüllten Leben oder nach Unabhängigkeit ein Arbeitsverhältnis ein, sondern unter wirtschaftlichem Druck, aus der Notwendigkeit, weil die Entlohnung des Mannes der Familie kein auskömmliches Leben sichert. Diese fast allgemeine Beschäftigung der Frauen stellt, so betrachtet, eine höhere Stufe*

ihrer Abhängigkeit dar und ist nicht der Ausdruck ihrer Gleichberechtigung.

Die Frauen sind auch hinsichtlich der Arbeits- und Lohneinstufung diskriminiert. Die hin und wieder veröffentlichten Angaben aus der ersten Hälfte der 70er-Jahre zeigen, daß Frauen im Durchschnitt um ein Drittel weniger verdienen als Männer. In den Bereichen, in denen die Frauen die Mehrheit der Arbeitskräfte stellen, werden unterdurchschnittliche Lohnquoten gezahlt. Die Entscheidung, ob eine bestimmte Arbeitsstelle von einem Mann oder einer Frau besetzt werden soll, ist gewöhnlich nur eine administrative Angelegenheit. Die Arbeitsbedingungen, dort wo Frauen eine besonders große Rolle spielen (Leichtindustrie, Handel, Landwirtschaft), sind von einem befriedigenden Zustand weit entfernt. Gerade hier bewegt sich die Intensität der Arbeit nicht selten an der Grenze des Menschenmöglichen.

Die soziale Lage der Frau wird zudem durch eine systematische Vernachlässigung der Entwicklung und vor allem durch die Verteuerung von Dienstleistungen aller Art verschlimmert, ein Zustand, der praktisch während der ganzen Zeit der Existenz dieser Gesellschaftsordnung andauert. Bekannt sind schließlich auch die chronischen Versorgungsschwierigkeiten des Marktes mit verschiedenen Konsumartikeln. Das Sortiment dieser Engpaßprodukte verändert sich zwar, doch das Problem selbst bleibt bestehen.

Die offiziellen Frauenorganisationen weisen auf diese Tatsachen nicht oder nur ungenügend hin. Sie schlagen der legislativen und exekutiven Macht keine bedeutenden Verbesserungen der Situation vor. Stattdessen konzentrier ren sie ihre Energie auf eine direkte oder indirekte Beweisführung, daß das Problem der Gleichberechtigung der Frauen in der Tschechoslowakei bereits gelöst ist, daß Männern und Frauen die gleichen Rechte schon zugesichert sind (Art.3). Eine andere Organisation, die für die Interessen und Rechte der Frauen wirklich eintreten könnte, wird durch die gesetzlichen Bestimmungen über das Vereinsrecht unmöglich gemacht."

Nicht nur die Frauen werden in bezug auf den Lohn einer schweren Diskriminierung ausgesetzt: *„Die Diskriminierung der Frauen gegenüber den Männern ist jedoch nicht die einzige Form der materiellen Diskriminierung. Eine Tendenz zur Diskriminierung ganzer Gruppen von Werktätigen ist bei der Entlohnung junger im Vergleich zu älteren, manuell tätiger Arbeitskräften zu verzeichnen oder auch bei der Entlohnung hochqualifizierter Gruppen im Vergleich zu den nichtqualifizierten, wie auch bei einem Vergleich der Lage in den einzelnen Wirtschaftsbereichen usw.*

Die häufige und breit demoralisierende Form der Diskriminierung in Entlohnungsfragen ist die sogenannte persönliche Arbeitsbewertung, die das politische Engagement auf Kosten der fachlichen Qualifikation und der Arbeitsleistung begünstigt."

Breiten Raum widmet die „Charta der Frage der Gewerkschaften unter der Herrschaft der Faschisten: *„Nicht nur die Usancen der Gewerkschaften, sondern auch die gesetzlichen Normen, die die gewerkschaftliche Tätigkeit bestimmen, stehen im Widerspruch zu dem Recht der Gewerkschaftsorganisationen ‚auf freie Tätigkeit', weil sie ‚jedermanns Recht, Gewerkschaftsorganisationen zu gründen' und deshalb auch das ‚Recht, Gewerkschaftsorganisationen nach eigener Wahl beizutreten', nicht zulassen. In den Gewerkschaften entscheiden nicht die Arbeiter oder die einfachen Angestell ten, sondern wirtschaftliche und andere Apparate. Die Rolle, die die Gewerkschaften jahrzehntelang bei der Verteidigung der Lebensinteressen der Werktätigen spielten, wurde ihnen praktisch restlos genommen. Es war längst in Vergessenheit geraten, daß in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg neben den Gewerkschaften auch Betriebsräte als Organe der Werktätigen selbst mit vielen Vollmachten, einschließlich produktionsleitender Funktion, und mit einer entscheidenden politischen und sozial-ökonomischen Aktivität existierten. Man vergaß auch, daß diese Betriebsräte der Nachkriegszeit eine gewisse Entsprechung in den Räten der Werktätigen aus dem Jahre 1968 fanden.*

Die Gewerkschaften kümmern sich nicht darum, ob sich die breiten Schichten der Werktätigen an der Lohnpolitik beteiligen können – sei es in lokalem oder gesamtgesellschaftlichem Maßstab. Sie lassen es zu, daß diese Politik von oben bestimmt wird. Wenn sich die Werktätigen gegen eine Reduzierung der Löhne wehren (z.B. bei der Rationalisierung des Lohnsystems in den Jahren 1973 – 75), so stehen sie nicht auf ihrer Seite. Treten die Arbeiter in einen Streik (bei dem Risiko der Verfolgung, die im Widerspruch zum Streikrecht steht, geschieht das nicht häufig), so verraten sie sie. Die Gewerkschaften setzen sich nicht einmal für eine Festlegung des Existenzminimums durch die Regierung ein, das jährlich geregelt und als Grundlage für einen Minimallohn festgesetzt werden könnte.

Die Gewerkschaftsorgane sind über den Zustand der Sicherheit am Arbeitsplatz und über die Lebensbedingungen der Werktätigen im allgemeinen gut informiert. Sie verfügen über Angaben über die tatsächliche Kürzung der Reallöhne durch eine versteckte oder offene Preissteigerung und sie wurden sehr oft auf die fehlerhaften Wohnungsbewirtschaftung aufmerksam gemacht; trotzdem setzen sie sich in keiner dieser Fragen für eine gesetzliche Lösung ein. Statt um eine Beteiligung an einer grundsätzlichen ökonomischen Entscheidung zu kämpfen, räumen sie das



Im Jänner 1978 fanden in Prag Prozesse gegen vier bekannte Mitglieder der „Charta 77" statt. In Prag selbst fanden Protestaktionen statt, unter anderem ein Hungerstreik von Charta-Unterzeichnern. In Wien unterstützten tschechische Demokraten den Kampf mit einer Aktion vor dem CSSR-Reisebüro am Parkring.

Feld und tragen auf diese Art die Mitverantwortung für die Entscheidung der Bürokratie.

Die Gewerkschaften beteiligen sich an moralisierenden Feldzügen, z.B. für eine volle Ausnutzung der Arbeitszeit, doch bringen sie die wirklichen Meinungen und Interessen der Werktätigen nicht zum Ausdruck. Es ist richtig und jedermann bekannt, daß die Arbeitszeit, was die tatsächliche Nutzung angeht, vielleicht zu den kürzesten in der Welt zählt; in der Grundarbeitszeit wird sehr viel weniger gearbeitet als es möglich wäre; oft in stillschweigender Übereinkunft mit den Vorgesetzten. Aber es ist zugleich auch allgemein bekannt, daß die tschechoslowakischen Werktätigen, zumindest in Europa, mit die längste Arbeitszeit haben, rechnet man die Überstunden, die Sonnabend- und Sonntagsarbeit hinzu. Dieses Paradox ist kein Zufall. Es ist eine Folge der spontanen Bemühungen der Werktätigen, eine gerechte Entlohnung auf eine Weise zu erreichen, die in der gegebenen Situation – unter den Bedingungen des allgemein niedrigen Niveaus der Lenkung und der Organisation der Arbeit – am leichtesten zu erreichen ist. Deshalb spart ein durchschnittlicher Arbeitnehmer seine Arbeitskraft auf, und erbringt nicht die Leistung, zu der er fähig ist. Die ‚aufgesparte' Arbeitskraft setzt er in Überstunden um oder verkauft sie auf dem schwarzen Markt. (Hier spielt übrigens auch die starke Nachfrage nach den unterschiedlichsten Dienstleistungen eine Rolle.) Die Überstundenbezahlung ist also bei der Mehrheit der Arbeiterberufe ein wichtiger Bestandteil des Lohns.

Seit Erscheinen der „Charta 77" sind die Initiatoren der Bewegung (die noch nicht oder nicht mehr im Gefängnis gesessen) immer wieder mit Dokumenten an die Öffentlichkeit getreten, um die faschistische Unterdrückung anzuprangern und Forderungen und Vorschläge zur Verbesserung der Lage der tschechoslowakischen Völker zu propagieren. So wird z.B. im „Dokument Nr. 4" auf die brutale „Bildungspolitik" der Faschisten hingewiesen: *„Bei dem heutigen System der Aufnahme an Mittel- und Hochschulen handelt es sich nicht um die objektive Bewertung der Fähigkeiten, der Begabung und der Voraussetzungen der Bewerber für das Studium, es handelt sich nicht um die richtige Nutzung, um das Wachstum und die Entwicklung von Talenten, sondern vor allem – auf einer Seite – um die ‚Belohnung' für politisches ‚Engagement' und konformes Verhalten und – auf der anderen Seite – um die Bestrafung der Eltern für ihre politischen Ansichten, wenn diese nicht mit der heutigen politischen Praxis absolut konform gehen.*

Die „Charta" fordert angesichts dieser Lage unter anderem, *„die Aufhebung aller bisherigen diskriminierenden Verordnungen, Richtlinien, Weisungen usw. der Schulverwaltung"*, die Errichtung einer fachlich qualifizierten Kommission *(„die nicht mit der Diskriminierungspraxis bei der Auswahl zum Studium belastet sind) zur Ausarbeitung einer objektiven Analyse der Situation, sowie die Möglichkeit für alle zu unrecht diskriminierten Studienplatzanwärter, tatsächlich zu studieren".*

Die „Charta" fordert das uneingeschränkte Recht auf freie Meinungsäußerung, die Glaubens- und Religionsfreiheit sowie das Recht auf freie Information und die Freiheit der Literatur



Jiři Lederer, Schriftsteller und Charta-Unterzeichner, wurde im Jänner 1978 zu drei Jahren Kerker verurteilt.

Die „Charta"-Bewegung wird von den Faschisten heftigst bekämpft

Einige Ausschnitte aus dem „Dokument Nr. 6" von Mitte Februar 1977, also eineinhalb Monate nach Erscheinen der „Charta 77", zeigen, wie und mit welchen Mitteln die Sozialfaschisten glauben, den Widerstand gegen sie abwürgen und zerstören zu können:

„Nahezu alle Signatare vom 1.1.1977, d.h. über 200 Bürger, wurden als Zeugen in der Strafsache ‚Umsturz der Republik' vorgeführt oder vorgeladen und nach der ‚Charta 77' befragt. Die Sprecher der ‚Charta' und weitere Signatare wurden von der Polizei wiederholt – oft ganztägig – verhört. Die Verhöre finden weiter statt. Bürger, die ausgesagt haben, meistens allerdings beriefen sie sich auf das Recht, die Aussage zu verweigern, wurden erneut vorgeladen. Der Staatssicherheitsdienst führte nahezu fünfzig Hausdurchsuchungen durch, größtenteils bei Signataren der ‚Charta 77'. Es wurden Drucksachen, Manuskripte, Korrespondenzen und weitere Gegenstände beschlagnahmt, die in keinerlei Zusammenhang mit den Untersuchungen standen."

„Einige Signatare wurden durch das unverzügliche Auflösen ihrer Arbeitsverhältnisse existentiell betroffen."

„Einige Maßnahmen gegen die Signatare der ‚Charta 77' bedrohten deren Gesundheitszustand, bzw. hatten gesundheitliche Schäden zur Folge, so zog sich z.B. Jelena Mašínová am 10.1. einen langfristigen Meniskusschaden am rechten Bein zu (die Ärzte schlagen eine Operation vor), als sie – unter Anwendung von Gewalt – zum Verhör geführt wurde. Nina Kočová wurde 13 Tage zwangsweise (21.1. – 2.2.) in der geschlossenen Abteilung für Venerologie der Universitätsklinik Prag 2, (U Apolinaře) hospitalisiert, obwohl ihre Lebensweise keinen Grund für den Verdacht einer venerischen Krankheit liefern konnte. In den Tagen vom 21. – 24.1. wurde der Schriftsteller Karel Sidon mehr als hundert Stunden von den Sicherheitsorganen festgehalten. Da er in 48 Stunden nicht überführt werden konnte, ist anzunehmen, daß er mehr als 48 Stunden gesetzeswidrig seiner persönlichen Freiheit beraubt wurde. Am 21. Januar wurde die persönliche Freiheit von Josef Suk verletzt, als Angehörige des Staatssicherheitsdienstes Gewalt anwendeten, danach sein Haus durchsuchten, und eine Aufnahme seiner Schreibmaschine anfertigten. Ivana Hyblerová wurde am 31.1. dieses Jahres mit der Diagnose ‚Gefahr einer Fehlgeburt' erst aus dem Krankenhaus OUNZ in Ceske Lipe entlassen und arbeitsunfähig geschrieben, danach aber, auf Anordnung ihres Vorgesetzten, des Direktors des OUNZ, noch am selben Tag ohne ärztliche Untersuchung wieder arbeitsfähig geschrieben. An diesem Tag endete ihre einmonatige Probezeit, in der man das Arbeitsverhältnis mit ihr, ohne Angabe von Gründen, beenden konnte. Ärztliche Hilfe konnte sie erst wieder in Prag in Anspruch nehmen – 90 km entfernt – wo sie bis heute mit derselben Diagnose im Krankenhaus liegt.

Seit damals haben die Versuche, die Opposition gegen den Sowjet-Faschismus und seine Vasallen gewaltsam zum Schweigen zu bringen, nie aufgehört. Erst Anfang dieses Jahres wurde z.B. die über Jiri Lederer (Journalist) ausgesprochene Haftstrafe über drei Jahre wegen „Feindschaft gegen den Sozialismus und gegen die Republik" von einem Prager Gericht bestätigt.

Augenzeugenbericht: Die Stimmung unter den ungarischen Besatzungssoldaten 1968

Salzburger Genossen schickten uns den Bericht von einem Gespräch mit einem durchreisenden Ungarn, der 1968 als Soldat der ungarischen Besatzerarmee in der CSSR stationiert war. Seine Schilderung gibt uns ein anschauliches Bild von den Widersprüchen innerhalb der Warschauer-Pakt-Truppen, vor allem aber zeigt er, daß die große Masse der ungarischen und polnischen Soldaten die Politik der SU gegenüber der CSSR ablehnten:

„Am 21. August um 4 Uhr früh, erreichte die ungarischen Truppen der



Die Karte zeigt den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei. Den Hauptteil der Truppen stellte die sowjetische Armee. Ebenso lagen der Oberbefehl und die zentralen Kommandostellen in sowjetischen Händen. Unmittelbar am Einmarsch waren 12 sowjetische Divisionen aus der DDR, aus Polen Unmittelbar am Einmarsch waren 12 sowjetische Divisionen, die aus der DDR, aus Polen und aus der UdSSR selbst kamen, zwei polnische und eine Ungarische Division sowie ein Regiment aus Bulgarien beteiligt. Eine entscheidende Rolle spielten die sowjetischen Luftlandetruppen, die die Flugplätze des Landes und andere wichtige strategische Plätze besetzten.

Befehl, aus den Kasernen auszurücken. Warum und mit welchem Ziel, wurde nicht gesagt. Auch als die Soldaten bemerkten, daß sie auf tschechoslowakischem Boden waren, war das noch kein Grund zur Besorgnis: Bei Manövern war es üblich, die Grenze zu überschreiten, und außerdem hatten die Soldaten beim Ausrücken keine scharfe Munition erhalten. Lange Zeit war nicht ersichtlich, wohin die Truppen gelangen sollten, denn sie wurden nicht direkt in die CSSR geführt, z.B. wurden Truppen aus Südungarn erst über die Donau nach Nordungarn und von dort über die tschechoslowakische Grenze geführt, und ebenso die Truppen aus Nordungarn zuerst in den Süden und von dort erst in tschechoslowakisches Gebiet.

Erst 25 km tief in tschechoslowakischem Gebiet, hieß es „Truppe halt", und der Tagesbefehl wurde vorgelesen: In der CSSR ist die Konterrevolution ausgebrochen, . . . die ungarische Armee hätte die Verpflichtung, die Errungenschaften der sozialistischen Revolution zu verteidigen und brüderliche Hilfe zu leisten . . . Ab sofort gilt das Kriegsrecht. Scharfe Munition wurde ausgegeben.

Die erste Reaktion vieler Soldaten war, daß sie nach Verlesen des Tagesbefehls auf den Boden spuckten. Innerhalb von 10 Minuten nach diesem Befehl begann der Widerstand der Soldaten: Alle Befehle wurden mit größtmöglicher Verzögerung ausgeführt.

Der Einmarsch selbst wurde in Ungarn erst am 23. August gemeldet. Noch tagelang waren die Meldungen ungenau und in der ungarischen Bevölkerung herrschte Verwirrung. Viele glaubten, es gäbe einen Krieg in der CSSR.

In der Tschechoslowakei trafen die Besatzungssoldaten praktisch auf keine ranghöheren tschechischen Militärs: Diese waren nämlich knapp vor dem Einmarsch auf Urlaub nach Hause geschickt, oder nach Prag beordert worden, um sicher zu gehen, daß von den tschechischen Truppen kein Widerstand gegen die Warschauer Pakt-Truppen geleistet würde. Es gab aber doch Widerstand gegen die Besatzertruppen, der auch in den Wochen nach dem Einmarsch andauerte. Die ungarischen Soldaten sahen Transporte von Verwundeten und von Blutkonserven, insbesondere am Prager Flughafen. Die tschechoslowakischen Armee- und Polizeieinheiten, die Widerstand leisteten,





In Ermangelung von Waffen, da ja die oberste politische und militärische Führung kapituliert hatte, griffen die tschechoslowakischen Massen die sowjetischen Panzer mit Steinen an.

hatten durchwegs nur Handfeuerwaffen — und es dürfte nur einige derartige Zwischenfälle gegeben haben.

In den großen Städten, wo eine klassenbewußte Arbeiterschaft lebt, kam es in den ersten Tagen zu Auseinandersetzungen mit den Besatzern. Die Arbeiter, die unbewaffnet waren, griffen die fremden Truppen mit Steinen an.

Diese Zwischenfälle sprachen sich unter den Besatzungssoldaten schnell herum, und das besonders brutale Vorgehen der russischen, der DDR-, aber auch der bulgarischen Militärs löste Empörung bei den ungarischen Soldaten aus.

Ein solcher Zwischenfall hat sich am 22. August in einer kleinen Grenzstadt im DDR-Besatzungsgebiet ereignet. Ein kleiner Grenzsicherungstrupp der CSSR-Armee versuchte Widerstand gegen den Einmarsch zu leisten. Und zwar haben sie begonnen, die einrückenden ungarischen Truppen zu beschiessen, nachdem sie versuchten, die Grenze zu sperren. Sie gaben aber bald auf, als sie die riesige Übermacht der einrückenden Truppen sahen.

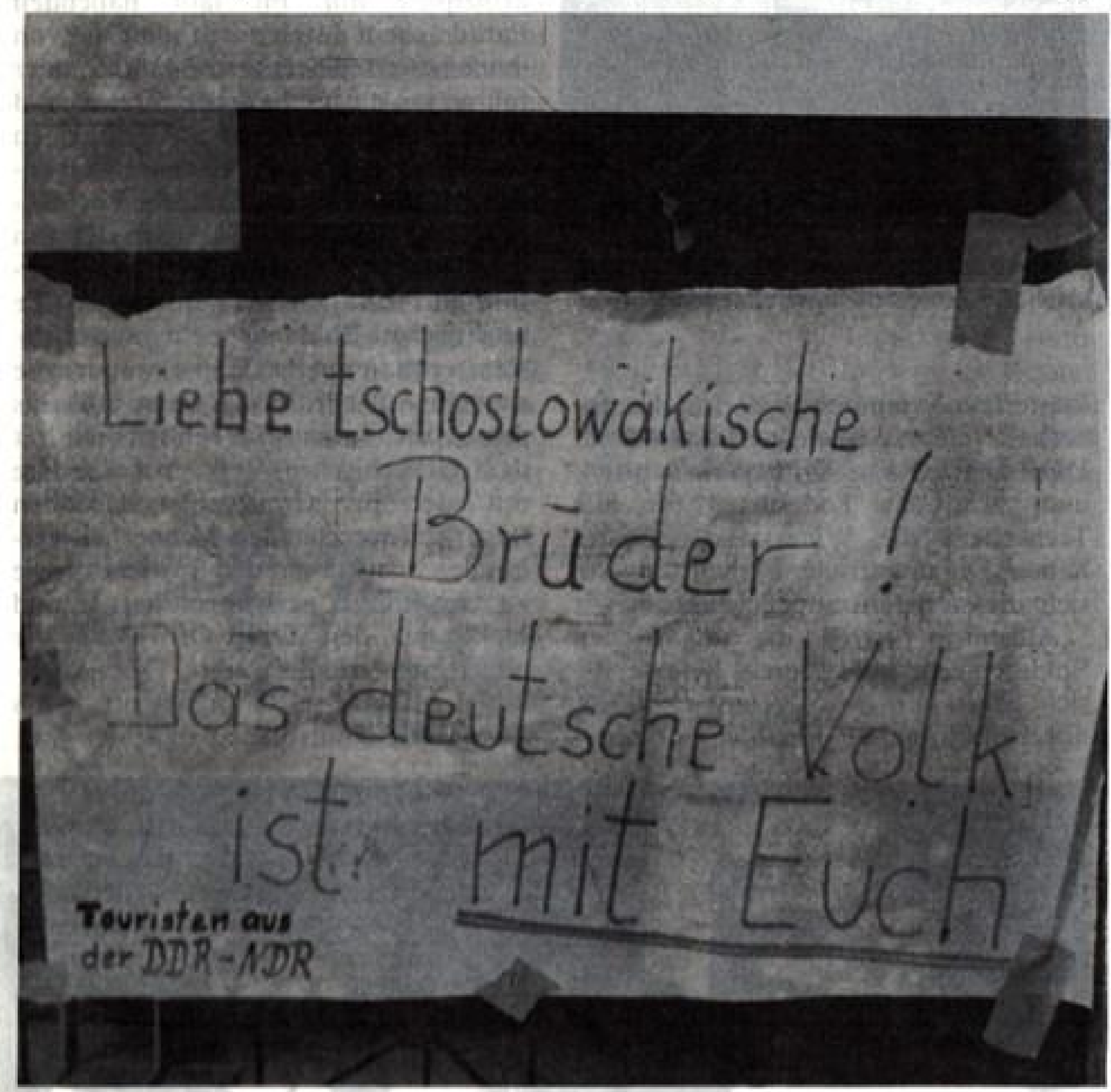
Die ungarischen Soldaten hatten natürlich keinerlei Interesse, diese Sache weiterzuführen und waren froh darüber, daß das Gefecht aus war. Sie sagten den tschechoslowakischen Soldaten, sie sollten rasch nach Hause gehen. Innerhalb von kurzer Zeit traf an der Stelle des Gefechtes ein Hubschrauber der DDR ein. Der darin befindliche ostdeutsche Offizier verlangte Meldung über den Vorfall. Die DDR Offiziere bestanden auf einer Meldung und forderten eine Bestrafung des — wie sie es nannten — konterrevolutionären Widerstandes. Innerhalb einer Stunde verkündete ein DDR-Offizier ein Kriegsgerichtsurteil, und zwar das Todesurteil für alle Tschechen, die Widerstand geleistet haben. Die ungarische Einheit weigerte sich, diesen Befehl entgegenzunehmen.

Allgemein waren die ungarischen Soldaten sehr wenig bereit, Befehle, die sich gegen die Bevölkerung richteten, durchzuführen. Bis hinauf in die obersten Ränge der Offiziere gab es passiven Widerstand. Die hohen ungarischen Militärs stellten z.B. die vielen bewußten Sabotageakte und die gesamte Haltung des passiven Widerstandes, die sich in der ungarischen Armee ausbreitete, als Schlamperei dar, und versprach den Russen, Untersuchungen und Kontrollen durchzuführen. Tatsächlich aber konnten sich die verschiedensten Formen entwickeln, Befehle nur pro forma durchzuführen, und die Zivilbevölkerung zu warnen, statt zu verfolgen. So marschierten die ungarischen Truppen prinzipiell nur im laut hallenden Paradeschritt durch die Straßen der von ihnen besetzten Städte und Dörfer, oder fuhren mit eingeschaltenen Sirenen und Hupengeheul auf Streife — und trafen tatsächlich kaum auf Parolen schreibende Zivilisten. Weiters wußte die Bevölkerung sehr bald, daß die Ungarn stets um dieselbe Zeit Kontrollstreifen durchführten. Im übrigen störte es die ungarischen Soldaten nicht im geringsten, wenn sie auf den Häuserwänden die riesigen Aufschriften „Russen raus aus der CSSR" sahen. Sie fühlten sich mit dem tschechischen Volk, insbesondere mit der im Grenzgebiet lebenden ungarisch-sprechenden Minderheit verbunden — nicht mit den Sowjets, die sie zu dem Einsatz gezwungen hatten, und nicht mit den DDR-Offizieren, die allgemein verhaßt waren. Die ungarischen Militärs selbst sagten oft, wenn eine DDR-Kontrolle angemeldet war:



Knapp vor dem Einmarsch verließ Jakubowsky, Oberkommandierender der Warschauer Pakt-Truppen nach immer wieder verlängerten Manövern die CSSR. Doch bereits drei Wochen später waren die sowjetischen Truppen wieder da; diesmal als Besatzer.

„Die Gestapo kommt!", und es kursierten Sprüche, wie: „Adolf, schau herunter!", oder „Dicker Hermann, daß du *diese* Luftwaffe nicht sehen kannst!" Die Besatzungstruppen wurden von der tschechoslowakischen Bevölkerung sehr häufig als „rote Nazis" beschimpft. Die ungarischen Soldaten fühlten sich dadurch sehr getroffen und beleidigt, und versuchten, den Zivilisten, Demonstranten, protestierenden Studenten klarzumachen, daß sie nicht freiwillig einmarschiert seien. Protokolle wurden bei Festnahmen gar nicht aufgenommen, angeben wollte, wurde zuerst ein Dolmetsch geholt, und zwar gleich ein verhafteter Zivilist, der somit wußte, wer in der Stadt ein Polizeispitzel war, und sämtliche Informationen auf diese Weise erfuhr. Während der „Dolmetsch" gleich darauf entlassen wurde, um die gefährdeten Personen zu warnen, mußte der Spitzel stundenlang warten, bis das Protokoll fertig getippt, ausgebessert und unterschrieben war. Dann bekam er sein Geld und durfte gehen, und die ungarischen Soldaten machten sich auf den Weg, die mittlerweile längst



Die Völker Osteuropas standen nicht hinter den sozialimperialistischen Besatzern. Diese konnten nicht einmal ihr Besatzungsheer ruhig halten, weshalb sie es oft auswechseln mußten, die ungarischen und polnischen Einheiten wurden überhaupt vor der Zeit zurückgeschickt. In der DDR, in Polen, in Ungarn und selbst aus der UdSSR gab es Protestaktionen in den Tagen und Wochen nach der Besatzung. Im Bild: Touristen aus der DDR haben ein Plakat zur Unterstützung des Kampfes des Volkes geschrieben und in Prag angeschlagen.

um die Zivilisten vor späteren Verfolgungen zu schützen. Besonders wenig hatten die ungarischen und polnischen Besatzungstruppen für tschechoslowakische Polizeispitzel und Denunzianten über. Wenn ein solcher Meldung erstatten wollte, wer angeblich den Widerstand in der Stadt leitete, und die Namen von „Konterrevolutionären" leerstehenden Wohnungen zu „durchsuchen". Bei Verhaftungen gab es eine ähnliche Methode. Kam etwa der Befehl, um 2 Uhr früh eine Verhaftung vorzunehmen, so wurde zwei Stunden vorher in der Wohnung angerufen, um die Leute zu warnen. Bei Durchsuchungen hielten sich die Soldaten immer streng an den Wortlaut des Befehls: Für die Nachbarwohnungen hatte man leider keinen Durchsuchungsbefehl, und Dachböden und Keller gehörten nach Ansicht der ungarischen Soldaten nicht zu den betreffenden Wohnungen. Die DDRSoldaten hingegen drehten bei Durchsuchungen die Häuser vom Keller bis zum Dachboden um.

Die ungarischen Truppen arbeiteten eng mit der tschechoslowakischen Verkehrs- und Kriminalpolizei zusammen — was übrigens ein Befehl war — nur bestanden diese zwei Polizeiabteilungen zum großen Teil aus Dubcek-Anhängern und halfen mit, gefährdete Zivilisten vor ihrer drohenden Verhaftung zu warnen. Ebenso gab es eine gewisse Zusammenarbeit mit den polnischen Besatzern. Es gab inoffizielle Meldungen zwischen den polnischen und ungarischen Einheiten. Sie verständigten sich darüber, wie Einsatzbefehle gegen Zivilisten zu umgehen wären. Zum Beispiel verhalfen sie bekannten Persönlichkeiten zur Flucht, statt sie festzunehmen. Wenn Zugs- oder Verkehrskontrollen an Hand von Steckbriefen durchgeführt wurden, nahmen sie bekannte Leute wie Parteisekretäre, Intellektuelle, Künstler etc. fest, bezichtigten sie aber auf der Wachkommandatur des Ladender Autodiebstahls. Nach drei Tagen Haft wurden sie freigelassen, weil das „Diebsgut" nicht gefunden worden war. Die polnischen Soldaten machten dann diese „Ladendiebe" darauf aufmerksam, in welche Richtung sie gehen sollten, um in die ungarische Zone zu gelangen. Dann verständigten sie die Ungarn davon, diese Flüchtlinge durchzulassen."

Hier schloß der ungarische Freund seinen Bericht ab. Bekannt ist auch noch, daß die ungarischen Truppen sehr rasch aus der CSSR wieder abgezogen wurden, da sie als extrem unzuverlässig galten und der Kooperation mit der „Konterrevolution" verdächtigt wurden.

Der Bericht zeigt klar die Haltung der ungarischen und auch der polnischen Menschen zum Einmarsch in die Tschechoslowakei. An einer Stelle erwähnte der ungarische Freund auch noch, daß die ungarischen Soldaten gerade deshalb auch nur mit Abscheu und Empörung nur die Befehle durchgeführt hätten, weil ja in Ungarn selbst auch russische Truppen stehen und deren Anwesenheit als beschämend und unterdrückerisch von der Mehrheit des ungarischen Volkes empfunden wird. Er zeigt auch, daß die ungarischen Besatzungstruppen nur unter dem Kommando und unter der Kontrolle der russischen Imperialisten ihre Besatzungsaufgaben wahrnahmen.

Zu den Ereignissen in Ungarn 1956 (Kann man sie mit dem 21. August 1968 in der CSSR vergleichen?)

Jahrelang hatten die US-Imperialisten im Verein mit den anderen imperialistischen Kräften und den ungarischen Konterrevolutionären, von den Horthy-Faschisten bis zum Kardinal Mindszenthy, den gewaltsamen Sturz der Volksdemokratie in Ungarn vorbereitet. Der Bogen ihrer Tätigkeit spannte sich von der aus dem Ausland betriebenen Subversionstätigkeit über die antikommunistische Hetzpropaganda der „Stimme Amerikas" und des Senders „Freies Europa" bis zur Bildung einer im Untergrund arbeitenden Terrorzentrale und die Umtriebe von konterrevolutionären Agenten im Inland, die sich auf den „Tag X" vorbereiteten und gemeinsam mit den ausländi schen Kommandostellen das Zentrum der Konterrevolution bildeten. Planmäßig bereiteten sie die Konterrevolution vor, planmäßig organisierten sie schließlich die Revolte. Ihnen direkt in die Hände arbeiteten die Revisionisten in der USAP, die planmäßig die Diktatur des Proletariats und die volksdemokratische Macht zersetzten und ihrerseits auf den Farbwechsel von Partei und Staat hinarbeiteten. Sie trugen die Hauptschuld an der Unzufriedenheit der Massen mit verschiedenen Zuständen. Nach dem 23.Oktober wurden sie zum Handlanger der offenen Konterrevolution.. Die Kommunisten hatten schwere Fehler gemacht, was zu einer großen Unzufriedenheit der Volksmassen geführt hatte.

Alle reaktionären Kräfte versuchten, diese Unzufriedenheit auszunutzen für ihre finsteren Pläne. Sie konnten dabei auch gewisse Erfolge erzielen und große Verwirrung anrichten.

Am 23. Oktober begannen Studentenversammlungen, die sich rasch ausdehnten. Dort wurde eine 16-Punkte-Resolution verabschiedet, die sich gegen die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Ungarn und die „Abhängigkeit" Ungarns von der Sowjetunion richteten sowie die Freilassung politischer Häftlinge, eine Regierungsumbildung, Neuwahlen usw. forderten. Aus Studentenversammlungen wurden rasch Demonstrationen, an denen sich auch andere Teile des Volkes beteiligten — obwohl „das Gros der Arbeiter eine abwartende Haltung einnahm" (Presse, 30. Oktober). In der Nacht zum 24. Oktober begannen bewaffnete Banden mit Überfällen auf öffentliche Gebäude, bei denen bereits zahlreiche Kommunisten, Arbeiter, Soldaten umgebracht wurden. Die



Ungarn 1956: Faschisten verbrennen vor dem Rathaus in Györ rote Fahnen

organisierte Konterrevolution hatte zu arbeiten begonnen, um die Wellen der Unzufriedenheit im Volk mit bestehenden schlechten Zuständen für ihre reaktionären Zwecke auszunutzen. Die „Neue Zürcher Zeitung" stellte am 25. Oktober bereits nicht eine „spontane Volkserhebung", sondern „eine wohlausgerüstete und gut ausgebildete antikommunistische Untergrundbewegung" fest. Der Chef der ungarischen Faschisten in den USA, Béla Varga, brüstete sich öffentlich damit, bereits Anfang Oktober mit dem illegalen ungarischen Zentrum Verbindung aufgenommen und die weiteren Ereignisse vorbereitet zu haben. Und der Korrespondent des „Daily Mail" in Budapest erklärte in seiner Zeitung, er habe gerade „mit jenen Männern diniert, die ein Jahr lang den Aufstand dieser Woche organisiert haben".

In den nächsten Tagen dehnten sich die Kämpfe immer weiter aus. Am 25. wurde der bisherige Ministerpräsident Hegedüs durch Imre Nágy abgelöst und am 26. der Parteisekretär Gerö durch Kadar. Mit der Ausdehnung der bewaffneten Kämpfe werden auch die Forderungen der „Rebellen" ausgedehnt. Das 16-Punkte-Programm ist längst „überholt" und immer schärfer wird versucht, die Bestrebungen von Teilen der Volksmassen in ein konterrevolutionäres Fahrwasser zu lenken. Die Konterrevolutionäre gehen jedoch geschickt Schritt für Schritt vor. In den ersten Tagen richtet sie sich „nur" gegen die Sowjetunion, noch nicht gegen die Volksmacht selbst, gegen die Verstaatlichung des Monopolkapitals, gegen die Enteignung des Großgrundbesitzes. Noch erklären sie nicht die Esterhazy und Mindszenthy zu ihren geistigen Oberhäuptern und Führern. Noch fordern sie nicht offen die Rückkehr zum Kapitalismus und Horthy-Faschismus. Noch rufen sie auch

nicht offen nach einer USIntervention. Dann „wachsen" die Forderungen: Austritt aus dem Warschauer Vertrag, eine Regierung unter Ausschluß der Kommunisten, usw., bis schließlich offen die Fratze der Konterrevolution sichtbar wird.

Auch die „Arbeiterräte" werden durch diese politische Entwicklung geprägt. Manche Leute führen sie als Beleg an dafür, daß es sich hier wirklich um eine „Volkserhebung" gehandelt habe. Dort oder da haben sich die Arbeiterräte tatsächlich als Ausdruck des Volks- und Arbeiterwillens gebildet. Aber die meisten sind von den Konterrevolutionären usurpiert worden, ins Fahrwasser der Konterrevolution geraten, zu ihrem Werkzeug entartet. In nicht wenigen von ihnen fand sich plötzlich ein ehemaliger Horthy-Offizier oder ein 1949 enteigneter Kapitalist als „Arbeiterführer" an der Spitze.

Während die Konterrevolution ausgezeichnet organisiert ist und über ein leitendes Zentrum verfügt, ist die USAP — bereits schwer vom Revisionismus angefressen und bürokratisch degeneriert — durch die ersten Attacken der Konterrevolution bereits zerfallen. Die Kommunistische Partei hat sich aufgelöst und die Arbeiterklasse und die Kommunisten haben keinen Komman dostab mehr. Von unten her schließen sich die Kommunisten und andere klassenbewußte Arbeiter und revolutionäre Kräfte auf Fabriks- und Bezirksebene zu Kampfgruppen zusammen, besorgen sich Waffen und arbeiten daran, die Partei im Kampf wieder aufzubauen und handlungsfähig zu machen. Die Regierung Nágy weicht Schritt für Schritt vor der Konterrevolution zurück und verwandelt sich in deren Werkzeug, in einen Handlanger der Imperialisten und Faschisten.

Schritt für Schritt eskaliert sich der Terror der Konterrevolution, treten die berüchtigsten Figuren der Konterrevolution offen hervor und an die Spitze der „Volksrevolution", geht die Konterrevolution in die Generaloffensive. Zu diesem Zweck werden die ungarischen Grenzen besetzt und für eine konterrevolutionäre Invasion freigegeben. Scharenweise strömen Faschisten und andere exilierte Reaktionäre mit voller Ausrüstung und Bewaffnung über die österreichisch-ungarische Grenze. Die österreichische Regierung fördert das wohlwollend. Aus Ungarn kommen die Konterrevolutionäre nach Wien, um Waffen einzukaufen. Nichts wird getan, um das zu unterbinden. „Führende im Exil — nicht wenige davon in Österreich — lebende ungarische Persönichkeiten" treten jetzt offen in Verbindung mit den „Rebellen" und kehren nach Ungarn zurück. Am 31. Oktober wird der 1949 wegen Hochverrat und anderer Verbrechen zu lebenslänglichem Kerker verurteilte Kardinal Mindszenthy aus dem Gefängnis befreit. Mit der offenen Aktivität dieses Inbegriffs der Reaktion und Finsternis „beginnt sich das Gesicht der Revolution zu wandeln. Am Horizont der Entwicklung taucht ein Mann auf, der als Sinnbild von Bedeutung werden kann . . . Mindszenthy bringt den Aufständischen einen antikommunistischen Märtyrermythos und die katholische Ideenstruktur mit." (Der Spiegel, 7. November) Der „Märtyrer-Kardinal" „entwickelt in seinem ‚Appell an die Nation und die Völker der Welt' ein Staatsprogramm das von dem Wunsch, die alten Rechtsverhältnisse wiederherzustellen, getragen war." („Furche", 10. November) Mindszenthy ist nicht der einzige Verbrecher, der freigelassen wird. „Ungarns und zugleich Österreichs größter Grundbesitzer, Dr. Paul Esterhazy, der seinerzeit mit Kardinal Mindszenthy zusammen verurteilt worden war, befindet sich seit Dienstag ebenfalls in Freiheit . . . ." („Bild-Telegraf", 2. November). Otto von Habsburg appelliert an Eisenhower, die Stephanskrone herauszugeben zwecks Wiederherstellung der Monarchie. Der Sohn von Horthy verlangt eine „Abrechnung mit dem Kommunismus". In der UNO verlangt der Vertreter des Franco-Regimes die Entsendung einer „bewaffneten Streitmacht" nach Ungarn. Das ganze Faschistengesindel, von dem früheren Ministerpräsidenten Ferenc Nágy, der in Schwechat Quartier bezogen hat, bis zum Sohn von Gömbös, des Strohmannes von Hitler in Ungarn, engagiert sich heftig. Der Chef der Industriellenvereinigung, Lauda, gründet in Wien ein „Ungarnkomitee„, dem führende österreichische Politiker angehören. Raab erklärte: „In Ungarn bricht sich die Freiheit Bahn." Das „Volksblatt" ergänzte, um die „Freiheit" näher zu charakterisieren, daß „Ungarn bis 1945 in freiheitlicher Ordnung zu leben gewohnt war" (!). Auch der Papst erhob seine Stimme und verfaßte eine neue Enzyklika über Ungarn, in der er sagte, „das Blut der ungarischen Patrioten (!) schreie zu Gott nach Vergeltung".

Der weiße Terror wütet. Die Reaktionäre beklagen die Zehntausenden Toten in Ungarn. Sie verschweigen, daß es in erster Linie Zehntausende aufrechte Kommunisten, Arbeiter, Bauern, die besten Söhne und Töchter des ungarischen Volkes waren, die von den Faschisten bestialisch ermordet wurden. Stalin-Denkmäler werden gestürzt. Aber nicht nur das. „Fort mit Lenin! Im Rathaus von Raab . . . Das Leninbild wurde von der Wand gerissen und auf der Straße zertrampelt." (Bild-Telegraf, 29. Oktober). Zerstört wurden die russischen Kriegerdenkmäler und Denkmäler der Roten Armee.

Vor allem gab es Massenmord. „Es gelang den Aufständischen, sich den Weg ins kommunistische Parteihaus freizuschießen. Alle Männer und Frauen, die sie im Haus erwischten, wurden gehenkt. . . Sie hängen von den Fenstern, Bäumen, Kandelabern, wo immer man jemand aufhängen kann. Das Arge ist, daß gleichzeitig sogar einfache Leute aufgehängt werden." (Daily Express, 31. Oktober). „Die Jagd auf Kommunisten ist eine Unterhaltung geworden, die das Kino ersetzt. . . Ihre Leichen werden auf den Straßen verbrannt", berichtete am 1. November ein Reporter von Associated Press, der selbst gesehen hatte, „wie etwa 40 Leichname Ermordeter mit Benzin übergossen und angezündet wurden". „Die sich selbst überlassenen Marodeure streifen ungehindert in Budapest herum und machen Jagd auf Kommunisten, die dem Galgen entronnen sind." (New York Herald Tribune, 1. November)

Triumphierend meldete die „Weltpresse": „10.000 KP-Funktionäre erschlagen!" Und am 30. Oktober hatte der „Neue Kurier" seinen Hoffnungen Ausdruck verliehen: „Zerstampft, zertreten von der Menge, lag der Polizist am nächsten Morgen am Raab-Ufer . . . Jeder, der noch ein rotes Parteibuch hat, muß weg!"

In Westungarn hatten sich inzwischen unter der Leitung von ehemaligen Offizieren der faschistischen ungarischen Armee größere konterrevolutionäre Truppen konzentriert und machten sich fertig zum „Marsch auf die Hauptstadt". In der Armee war es zu konterrevolutionären Putschen gekommen. Die Regierung Nágy war immer weiter zurückgewichen und hatte damit den Faschisten und Konterrevolutionären ihr Treiben erleichtert, ja sie direkt angestachelt. Immer dringender urgierten die Konterrevolutionäre „westliche Hilfe", vor allem seitens der USA. Mindszenthy schickte am 2. November eine persönliche Botschaft an den USPräsidenten, „er möge das ungarische Volk in seinem Freiheitskampf unterstützen und die österreichische Grenze (!) für Waffen- und Materiallieferungen öffnen lassen (!)." („Deutsche Woche", 14. November) Auf einem Anschlag konnte man lesen: „Wir bitten die Vereinigten Staaten, den Russen ein Ultimatum zu stellen . . . Wir bitten, Fallschirmtruppen im Donautal abzusetzen! . . . Helft uns . . . Wir haben Euch jahrhundertelang gegen den Ansturm der asiatischen Barbaren geschützt." (nach: „Kleines Volksblatt", 6. November)

Kann man die Ereignisse in Ungarn 1956 mit dem 21. August 1968 vergleichen?

Oft genug wird das Eingreifen der Sowjettruppen in Ungarn im November 1956 in einem Atemzug genannt mit der Invasion der CSSR im August 1968. Von der Bourgeoisie und allen Reaktionären werden sowohl der Prager Frühling als auch der sogenannte ungarische „Volksaufstand" als Versuche eines Volkes dargestellt, das Joch des Kommunismus abzuschütteln, als Versuche, die blutig von Truppen der UdSSR niedergeschlagen wurden. Wenn man die Wahrheit in den Tatsachen sucht und die Ereignisse unvoreingenommen analysiert, wird man dem nicht zustimmen können. In den zwölf Jahren zwischen 1956 und 1968 haben weitreichende Veränderungen stattgefunden. Die bedeutendste Veränderung ist der Machtantritt des Revisionismus in der Sowjetunion. Durch den und im Gefolge des Staatsstreiches der Chruschtschow-Clique 1956 hat die Sowjetunion die Farbe gewechselt und ist aus einem sozialistischen Land und Bollwerk der Weltrevolution, des Freiheitskampfes der Völker und des Friedens zu einem kapitalistischen, zu einem faschistischen und imperialistischen Land geworden, einem Bollwerk der Reaktion, der Knechtung und Versklavung der Völker, zum Kriegstreiber Nr. 1, der sich die ganze Welt unterwerfen will. Im Gefolge und begünstigt durch diese Entwicklung in der Sowjetunion haben auch die osteuropäischen Länder — mit Ausnahme Albaniens — die Farbe gewechselt und sind revisionistisch entartet. Gleichzeitig sind sie zu Halbkolonien des neuen sowjetischen Imperialismus geworden.

Was 1956 in Ungarn geschah, war ein Versuch der Imperialisten, vor allem des US-Imperialismus, und der konterrevolutionären Kräfte — die Horthy-Faschisten in der vordersten Reihe, die Revisionisten in ihrem Schlepptau — die Diktatur des Proletariats und das volksdemokratische System zu stürzen und wieder eine faschistische Diktatur des Imperialismus und der ungarischen Großkapitalisten und Großgrundbesitzer zu errichten. Die ungarische Konterrevolution war ein Angriff gegen das sozialistische Lager, ein Bestandteil der antikommunistischen „roll-back"-Strategie und der Kriegspolitik des US-Imperialismus. Die Niederschlagung der Konterrevolution war nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse und des ungarischen Volkes, sondern auch im Interesse des internationalen Proletariats und der Völker der ganzen Welt, im Interesse des sozialistischen Lagers, im Interesse des Friedens.

Ganz anders 1968. Weder die Sowjetunion noch die CSSR waren 1968 noch sozialistische Länder. Das sozialistische Lager war durch den Revisionismus zerstört worden. Die Sowjetunion war zu einer imperialistischen Supermacht geworden, während die CSSR ein von ihr unterdrückltes und geknechtetes Land war. Der Sozialimperialismus begann zu dieser Zeit, dem US-Imperialismus die Weltherrschaftsansprüche streitig zu machen. 1968 ging es in der CSSR überhaupt nicht um den Sozialismus. Worum es ging, war die nationale Unabhängigkeit und Befreiung der tschechoslowakischen Völker und um die Abschüttelung der sozialimperialistischen Kolonialherrschaft. Die Sozialimperialisten haben diesen Versuch der tschechoslowakischen Völker mit Waffengewalt unterdrückt. Die Invasion der CSSR war weder eine „Rettung des Sozialismus", noch im Interesse der Völker der Welt, noch im Dienst des Friedens. Im Gegenteil war sie die erste offene und unverhüllte Aggression des Sozialimperialismus.

Wie kann man diese zwei gänzlich verschiedenen Ereignisse gleichsetzen, ohne den Tatsachen Gewalt anzutun? Der Kommunistische Bund Österreichs hat einen festen Standpunkt und geht stets von den Interessen des Sozialismus, der internationalen Arbeiterklasse und der Völker aus. Wir weichen keinen Zentimeter vor der reaktionären Hetze gegen die ungarischen Arbeiter- und Volksmassen und gegen die ungarischen Kommunisten zurück und verteidigen ihren Kampf, der zusammen mit dem Eingreifen sowjetischer Truppen zur Niederschlagung der offenen faschistischen Konterrevolution geführt hat. Zugleich stehen wir in der ersten Reihe im Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und gegen die Invasion der CSSR im Jahr 1968.

In Ungarn war eine Situation entstanden, in der die Alternative nicht war, diese oder jene „Spielart des Sozialismus", oder auch nur diese oder jene „Spielart von Demokratie". In Ungarn war die Alternative: Niederschlagung der Konterrevolution und Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats oder Errichtung einer blutrünstigen faschistischen Diktatur, Ertränken der Arbeiter- und Volksbewegung im Blut des weißen Terrors, Wiedererrichtung der Macht der Esterhazy und seinesgleichen, Wiederherstellung der Macht der Kirche mit dem Verbrecher Mindszenthy an der Spitze, Unterwerfung Ungarns unter den US-Imperialismus, Einbruch in das sozialistische Lager, ungestrafter Angriff des Imperialismus auf ein sozialistisches Land, Schaffung eines Brückenkopfes für die imperialistische Aggressionsstrategie gegen das sozialistische Lager.



Sowjetische Soldaten 1976 in Budapest. 20 Jahre nach der Niederschlagung der vom US-Imperialismus durchgeführten Konterrevolution der alten Faschisten und Monarchen stehen noch immer sowjetische Truppen in Ungarn. Ihre Funktion hat sich gründlich gewandelt. Trugen sie damals bei zur Niederschlagung der imperialistisch-faschistischen Verschwörung, so verwandelten sie sich immer mehr in militärische Instrumente der Unterwerfungspolitik der Sowjetrevisionisten und trugen durch ihre Anwesenheit das Ihre zur Verwandlung Ungarns in ein von der UdSSR abhängiges revisionistisches Land bei. 1968 war die Drohung mit den in Ungarn stationierten Truppen ein wichtiges Erpressungsmittel, um die Beteiligung der ungarischen Truppen an der Besatzungsarmee zu erzwingen.

In dieser Situation griff die sowjetische Armee ein. Dieses Eingreifen erfolgte auf Wunsch der neugebildeten „Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung", die sich unter Leitung von Kadar der vollkommen ins Schlepptau der Reaktion geratenen Regierung Nágy entgegenstellte.

— Die in Ungarn im Rahmen des Warschauer Paktes — damals ein Verteidigungsbündnis der sozialistischen Länder gegen die aggressiven Bestrebungen des US-Imperialismus — stationierten sowjetischen Truppen hatten sich in den ersten Tagen auf die Verteidigung der Regierungsgebäude gegen die konterevolutionären Banden beschränkt. Dann waren sie auf Wunsch der Regierung Nágy aus Budapest abgezogen und hatten sich bereit erklärt, über den Abzug aus Ungarn zu verhandeln. Trotz ständiger dringender Ersuchen der ungarischen Kommunisten, sie zu unterstützen, hatten die sowjetischen Truppen bis zum 4. November nicht eingegriffen. Kaum waren sie aus Budapest abgezogen, hatte der Terror der faschistischen Konterrevolution wie wahnsinnig zu wüten begonnen.

Am 4. November griffen die sowjetischen Truppen ein, um Hand in Hand mit den Kommunisten und revolutionären, antifaschistischen und antiimperialistischen Kräften des ungarischen Volkes die Konterrevolution niederzuschlagen. Der Aufstand des Faschismus wurde zerschlagen, das imperialistische Komplott gegen Ungarn und das ganze sozialistische Lager vereitelt, einer Eskalation der Ereignisse durch den US-Imperialismus und seinem eventuellen direkten militärischen Eingreifen — was Krieg bedeutet hätte — wurde zuvorgekommen und der Boden entzogen.

Die Chruschtschow-Clique allerdings, die in der Sowjetunion bereits die Macht usurpiert und die Restauration des Kapitalismus und die „friedliche Konterrevolution" eingeleitet hatte, bemühte sich, die Ereignisse in Ungarn zu nutzen, um die Position des Revisionismus in Ungarn weiter zu stärken. Nicht die Faschisten und die Revisionisten um Nagy wären die Schuldigen, hörte man Tag für Tag, sondern die Kommunisten, die „Stalinisten" und „Dogmatiker"; sie seien Schuld, daß es so weit gekommen sei. Gegen sie und damit gegen die Arbeiterklasse wurde der Stoß gerichtet, um nach der Niederschlagung der offenen und gewalttätigen Konterrevolution jetzt unter dem Kommando der Sowjetrevisionisten die friedliche und versteckte Konterrevolution voranzutreiben. Der Revisionist Kádar wurde in den Sattel gehoben als Sachwalter dieser Entwicklung. Die Wurzeln des Revisionismus wurden durch die Niederschlagung der Konterrevolution nicht ausgerissen. Nagy mußte flüchten, aber seine engen Mitarbeiter behielten bedeutende Positionen in Partei und Staat. Gesäubert wurden die „Stalinisten" und „Dogmatiker", diejenigen, die mit der Waffe in der Hand für die Sache des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats gekämpft hatten, die wahren Helden im Ungarn des Jahres 1956. Die ungarische Arbeiterklasse hatte heldenmütig ihre Errungenschaften verteidigt — um dann auf kalte Weise erst recht betrogen und dem Joch des Revisionismus und der Konterrevolution unterworfen zu werden.

Interview mit Doğu Perinçek, Vorsitzender der Türkischen Arbeiter- und Bauernpartei

Kommunist: Wie schätzen Sie die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage der Türkei ein?

Doğu Perinçek: Die Türkei tritt heute in eine kritische Periode, wie es sie seit dem nationalen Befreiungskrieg der Jahre 1919-1922 in der Geschichte des Landes nicht gegeben hat. Die Unruhe und die Unordnung von der die Welt erschüttert wird, sind in unserem Land heute ganz besonders stark spürbar. Im Gefolge der militärischen Intervention der Türkei auf Zypern im Sommer 1974, intensivierte sich der Kampf der beiden Supermächte um Hegemonie im östlichen Mittelmeerraum mit großer Geschwindigkeit. Für die Türkei war der einzige Weg um diese militärische Intervention fortzusetzen der, sich auf eine der Supermächte zu stützen. Aus diesem Grund fingen die türkischen Regierungen an, eine Politik des Manövrierens und Feilschens zwischen den beiden Supermächten zu verfolgen. Es sind die neuen Zaren, die aus dieser Situation Nutzen ziehen. Die Sowjetrevisionisten versuchen, in unserer Region zu expandieren, indem sie einen Krieg zwischen der Türkei einerseits und Griechenland andererseits provozieren. Die Schwierigkeiten, denen sich die Türkei gegenübersieht, schaffen eine für Breschnew und seine Spießgesellen vorteilhafte Athmosphäre. Die Türkei steuert auf eine in den letzten 50 Jahren ihrer Geschichte beispiellose Wirtschaftskrise zu. Diese Krise wird wahrscheinlich im Juni dieses Jahres ihren Höhepunkt erreichen.

Neben der Wirtschaftskrise sind es Anarchie und Terror, Produkte des Hegemoniestrebens der beiden Supermächte, die die Türkei in große Schwierigkeiten bringen und eine äußerst negative Rolle spielen, vornehmlich indem sie Spaltung ins Volk tragen. Die entmutigende Wirkung des Revisionismus auf die Massenbewegung und die durch Abenteurertum hervorgerufene Einschüchterung haben heute zu einem Zustand der Stagnation der Volkskämpfe geführt. Das ist aber etwas Vorübergehendes. Die alten Kräfteformationen sind über den Haufen geworfen, und es werden heute neue Stellungen bezogen. Alle politischen Kräfte erleben die Krise, die durch diesen Stand der Dinge verursacht wird. Die Verstärkung der Drohungen und des Drucks von Seiten des sowjetischen Sozialimperialismus hat die Tendenz zum Widerstand verstärkt, selbst unter der Großbourgeoisie. Die Zukunft der Türkei ist eine glänzende, denn unser Volk hat eine starke antiimperialistische Kampftradition, die mehr als hundert Jahre zurückgeht, und verfügt über eine revolutionäre Partei, die ihm den Weg der Revolution weist und gegen den Revisionismus kämpft.

Kommunist: Könnten Sie erläutern, welche Auswirkungen die Ereignisse vor, während und nach dem 1.Mai auf die Beziehungen der einzelnen Kräfte und auf den Klassenkampf hatten?



Doğu Perinçek, Vorsitzender der Türkischen Arbeiter- und Bauernpartei

Doğu Perinçek: Der revisionistische Rundfunk der pseudokommunistischen Partei der Türkei (TKP), der von Ostdeutschland sendet, startete einige Monate vor dem 1.Mai eine Kampagne mit dem Ziel, die Führer von DISK (Konföderation der fortschrittlichen Arbeitergewerkschaften) gegen unsere Partei aufzuhetzen. Radio Moskau stimmte in das Geheul ein. Die Moskau-Revisionisten ließen einen Angriff vom Stapel und erwähnten den Namen unserer Partei öffentlich. Sie verfaßten Aufrufe an die DISK-Führer, in denen verlangt wurde, daß unsere Partei von den Maidemonstrationen ausgeschlossen bleiben sollte. Obwohl die revisionistische fünfte Kolonne aus der Führung des DISK entfernt worden war - ein Ergebnis des Kampfes unserer Arbeiterklasse - begannen jene, die die Führung von DISK übernommen hatten, schon nach kurzer Zeit eine Politik der Versöhnung mit dem Revisionismus zu verfolgen. Anstatt die Aufrufe von Radio Moskau nicht zu beachten, nahmen die neuen Führer am Vorabend der Maidemonstrationen gegen unsere Partei Stellung. Das war in Wirklichkeit eine Stellungnahme gegen die Arbeiterklasse und rief in der Arbeiterklasse eine starke Tendenz hervor, an den Maidemonstrationen nicht teilzunehmen. Seit den Provokationen am 1.Mai des Vorjahres, die zum Massaker an 34 Werktätigen führten, hatten die Arbeiter das Vertrauen in die Führung des DISK verloren. Und heuer vertiefte sich das Mißtrauen der Arbeiter noch mehr aufgrund der neuen antikommunistischen Kampagne gegen den ‚Maoismus'. Unter diesen Umständen, die eine Versammlung gewärtigen ließen, bei der die Arbeiterklasse nicht anwesend sein würde und eine Atmosphäre, die allen Arten von Provokationen Tür und Tor öffnete, sowie verschiedene gegen die Marxisten-Leninisten ausgeheckte Pläne boykottierte unsere Partei die Maidemonstrationen und verkündete gegenüber dem Volk, daß diese Demonstrationen nichts als Breschnew-Feierlichkeiten werden würden; unsere Partei führte auf dieser Linie eine aktive Propagandakampagne. Und tatsächlich nahmen die Arbeiterklasse und die Werktätigen an den Maidemonstrationen nicht teil. Wer teilnahm waren die Kader verschiedener Revisionisten- und Abenteurergruppen und Menschen, die die Gefahr des Revisionismus noch immer nicht erkannt haben. Bei den Demonstrationen wurden Transparente mit der Aufschrift: „Es lebe die UdSSR" mitgetragen und revisionistische Parolen gerufen; keine einzige Parole zur Verteidigung der Arbeiterklasse war zu hören. Es war auf jeden Fall unmöglich, diesen Zustand bei einer Demonstration, an der die Arbeiterklasse nicht teilnahm, zu ändern. Revisionistische Parolen wie ‚Es lebe die UdSSR' lösten in den breiten Massen Reaktionen aus und sogar die DISK-Führung merkte, daß sie sich von den Revisionisten hatte hereinlegen lassen.

Der heurige 1. Mai spielte insofern eine positive Rolle, als da ein deutlicher Trennungsstrich zwischen den Reihen der Revolutionäre und dem Revisionismus gezogen wurde. Er legte den Charakter der Revisionisten als Lakaien des Sozialimperialismus bloß. Der versöhnlerische Standpunkt der Republikanischen Volkspartei (CHP) gegenüber dem Revisionismus hat sich jedoch nicht verändert. Die sich innerhalb dieser Partei verstärkende Strömung zu einer Kapitulation vor dem Sozialimperialismus erleichtert den Revisionisten ihre Sache. Breschnews 5. Kolonne saugt wie eine Zecke das Blut aus der CHP und wird auf deren Kosten stärker.

Zugleich gewinnt die proletarische Bewegung ein von Tag zu Tag einheitlicheres und stärkeres Wesen. Die unter dem Namen ‚Straße des Volkes' bekannte Gruppe löste sich am 1. Mai auf und mehr als tausend Revolutionäre übten Selbstkritik und erklärten öffentlich, daß sie sich einzeln unserer Partei angeschlossen hätten. Wir könnten unserem Volk anläßlich des 1. Mai nichts Erfreulicheres mitteilen als diese revolutionäre frohe Nachricht. Die durch den Revisionismus verursachte Periode der Auflösung der revolutionären Kräfte ist einer Periode des Zusammenschlusses in den letzten zwei Jahren gewichen. In den folgenden Monaten werden sich die Reihen unserer Partei noch mehr vergrößern, neue Menschen werden in größerer Zahl zu uns stoßen. Die Marxisten der Türkei anerkennen die Theorie der drei Welten als korrekt und schließen sich fortlaufend in unseren Reihen zusammen.

Kommunist: Über welchen Einfluß verfügt Eure Partei unter den Volksmassen?

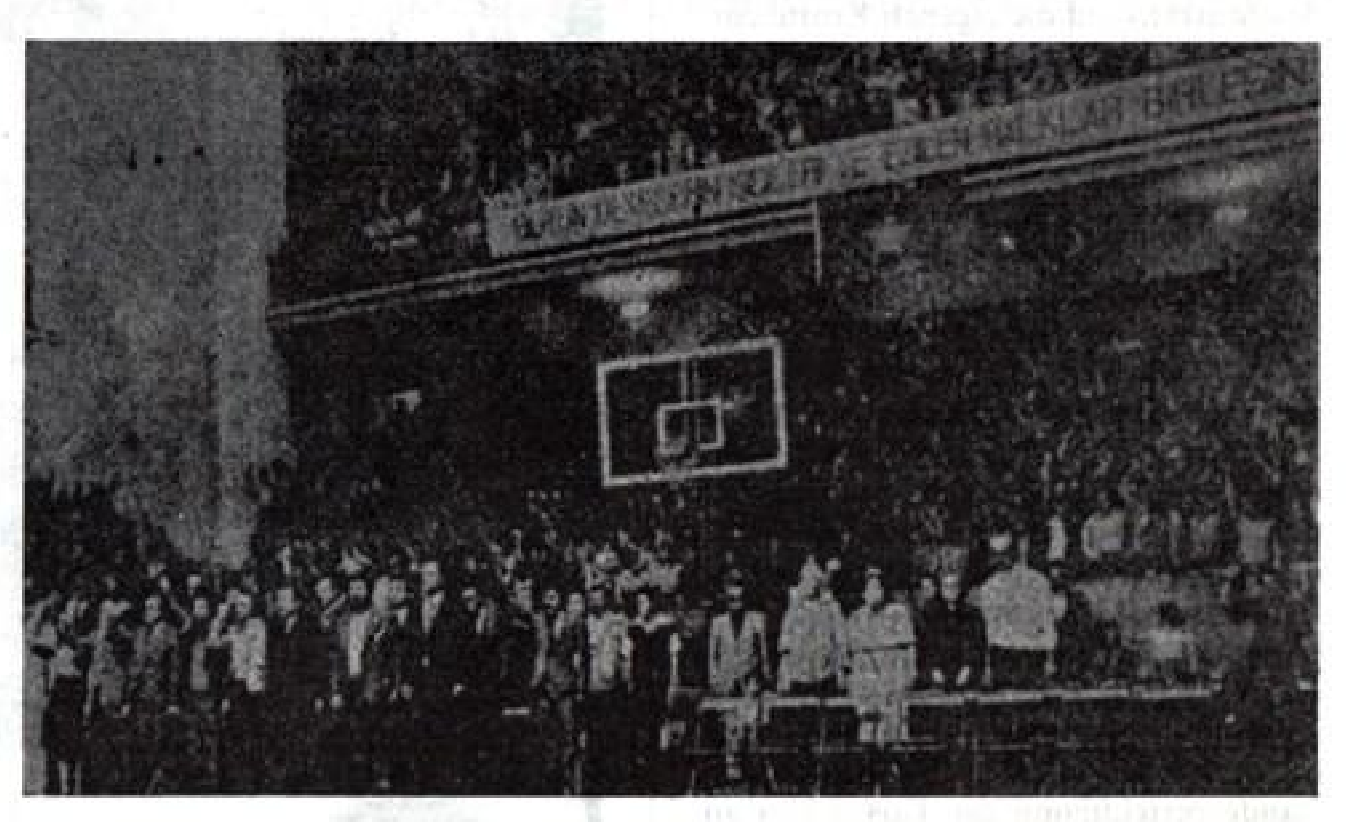
Doğu Perinçek: Die marxistische Bewegung der Türkei befolgte den Aufruf von Vorsitzendem Mao und erhob sich im Jahre 1970 gegen den Revisionismus. Die ersten sieben Jahre waren im wesentlichen Jahre des ideologischen und politischen Aufbaus. In dieser Zeit wurden auch die ersten Schritte in Richtung einer korrekten organisatorischen Linie und eines korrekten Arbeitsstils getroffen. Unsere Partei verfügt jetzt über ein korrektes Programm, den Geist unerschrockenen Widerstands gegen den Revisionismus, und eine klare Politik. Das Ziel, das wir uns gesetzt haben, ist es, die Partei zur wirklichen Vorhutabteilung des Proletariats und zur Führerin des Volkes zu machen. Die Zahl der Arbeiterkader in unserer Partei und ihr Einfluß im Volk wachsen äußerst rasch. Unsere Partei ist heute stark genug, um in Sälen Versammlungen von 10.000 Menschen abzuhalten, in Großstädten wie Istanbul und Ankara. Diese Kraft rekrutiert sich hauptsächlich aus der Arbeiterklasse. Unsere Partei ist auch in einigen Landgebieten einflußreich. Unser Einfluß in der Jugendbewegung und unter den Intellektuellen ist recht schwach. Der Grund dafür liegt bei dem in diesen Schichten vom Revisionismus und Abenteuertum verursachten Zerstörung.

Die Tatsache, daß die Revolutionäre der Türkei heute eine Tageszeitung wie AYDINLIK haben, die mit Zeitungen der bürgerlichen Presse konkurrieren kann, vergrößert den Einfluß unserer Partei unter den Massen schwunghaft. Aydinlik spielt heute die Rolle einer Lokomotive in unserer organisatorischen Arbeit. Das von Aydinlik ausgehende Licht läßt die Früchte auf den Bäumen reifen, und unsere Organisation gewinnt durch das Ernten dieser Früchte an Kraft.

Zusammenfassend: Unsere Partei tritt heute in der Arena des Kampfes der bedeutenden politischen Kräfte in der Türkei auf. Sie wird von Freund und Feind gleichermaßen beachtet. Alle großen politischen Kräfte, von Moskau bis zu den verschiedenen Parteien der Großbourgeoisie, erachten es für notwendig, unserer Partei gegenüber Stellung zu beziehen, negativ oder positiv, und dies ist aus ihren Handlungen deutlich abzulesen.

Kommunist: Was sind die Hauptziele Eurer Partei in der Außen- und Innenpolitik?

Doğu Perinçek: Die Hauptaufgabe unserer Partei ist der Kampf für die nationale Unabhängigkeit und die Vorbereitung auf den Krieg. Wir arbeiten für die Einheit des 45-Millionen-Volkes der Türkei, insbesondere gegen die durch den sowjetischen Sozialimperialismus bestehende Bedrohung. Wir meinen, daß eine patriotische Front nur auf der Grundlage der folgenden Forderungen hergestellt werden kann: Das Land den Bauern, Freiheit für das Volk, nationale Gleichberechtigung. Unsere Partei stellt derzeit die Einheit mit den Völkern Griechenlands und Zyperns sowie die friedliche Beilegung aller Probleme der Türkei mit diesen Ländern über alles. Wir treten für den Rückzug aller Truppen — auch der türkischen — aus Zypern ein und kämpfen für die Umwandlung der Ägäis in ein Meer der Freundschaft, das die Türkei und Griechenland vereinigt. Zugleich wollen wir uns mit allen Ländern der Dritten Welt zusammenschließen, zuerst und vor allem mit unseren Nachbarn, den arabischen Ländern. Wir sind gegen jede Form der nationalen Unterdrückung, Völkermord und Fehden zwischen religiösen Sekten, die ja dazu dienen, unser Volk zu schwächen und zu spalten und den beiden Supermächten auszuliefern, und wir kämpfen gegen die Bestrebungen des



Zehntausende Menschen versammelten sich am 28. Mai im Istanbuler Sportpalast zur ersten öffentlichen Großveranstaltung der im Jänner gegründeten Türkischen Arbeiter- und Bauernpartei (TIKP).

türkischen Rassismus, unser Volk gegeneinander auszuspielen.

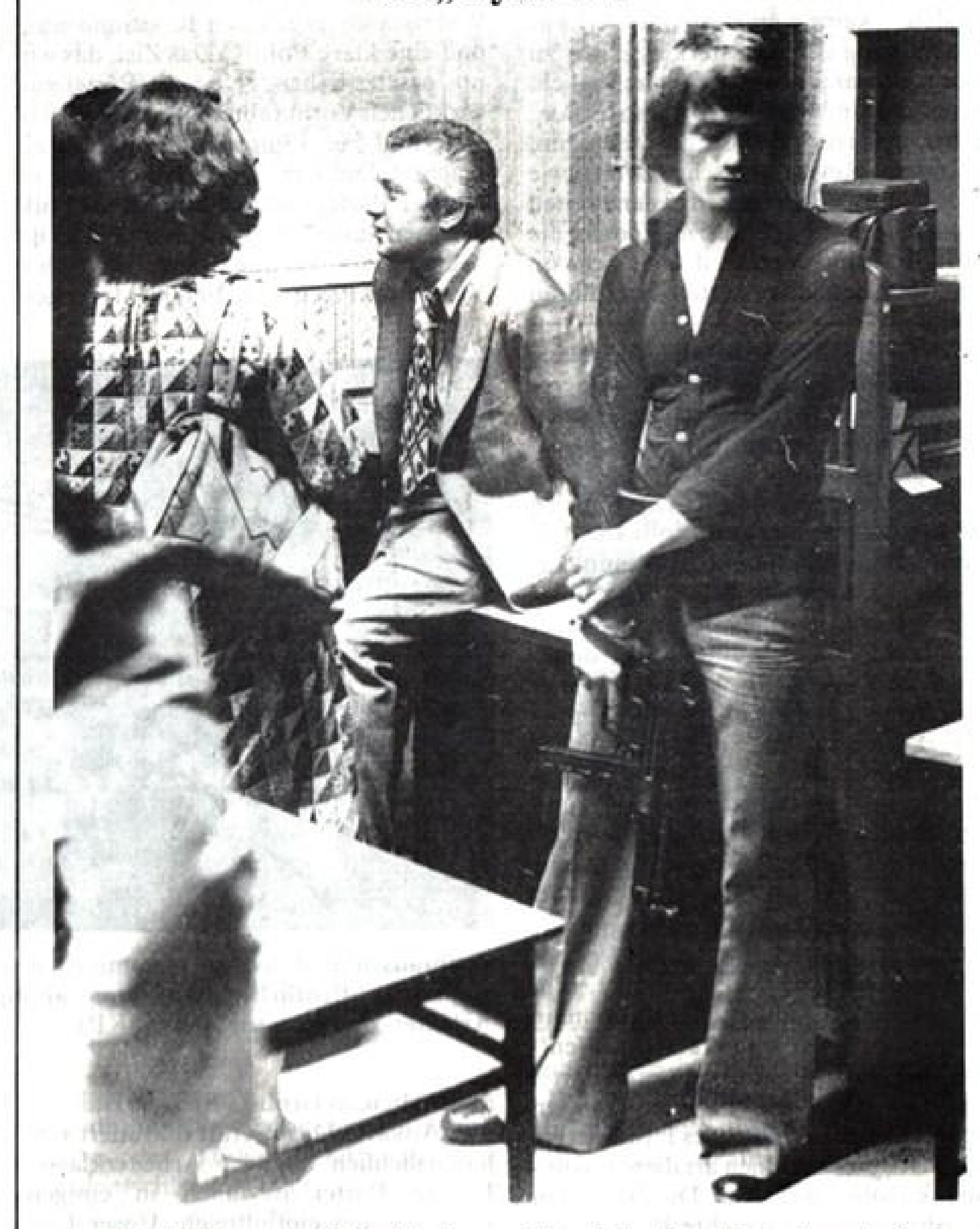
Kommunist: Was ist der Standpunkt Eurer Partei bezüglich der Landesverteidigung und militärischen Fragen?

Doğu Perinçek: Wir meinen, daß die Landesverteidigung gegen den sowjetischen Sozialimperialismus verstärkt werden müßte und treten für eine nationale Verteidigungspolitik auf der Grundlage der Volksbewaffnung und des Stützens auf die eigenen Kräfte ein. Bezüglich der Landesverteidigung ist es unser Hauptstandpunkt, uns auf die unabhängigen Kräfte des Volkes unter der Führung unserer Partei zu stützen; aber wir versuchen ebenso, jeden positiven Faktor in diesem Zusammenhang zu stärken. Wir sind gegen alle Arten der Unterdrückung in der Armee, besonders gegen das Schlagen von Soldaten. Wir treten gegen die Bemühungen der Revisionisten auf, in der Armee Kapitulation und Pazifismus zu propagieren, und sind bestrebt, den revolutionären Geist unseres Nationalen Befreiungskrieges wieder zum Leben zu erwecken. Unsere Propaganda zielt darauf ab, die wahre Natur des Abrüstungsgeschreis zu entlarven, und die Notwendigkeit der Verstärkung der Landesverteidigung der Türkei klar zu machen, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus. Diese Propaganda zeigt, wer die wahren Interessen des Volkes vertritt, und verstärkt die Glaubwürdigkeit unserer Parteiführung.

Kommunist: Was ist Eure Ansicht über Arbeiter im Ausland?

Doğu Perinçek: Die Tatsache, daß die Türkei ein halbfeudales und halbkoloniales Land ist, erklärt, warum beinahe eine Million unserer Arbeiter im Ausland arbeiten. Die Verbreitung revolutionärer Ideen unter diesen Arbeitern ist sehr wichtig. Sie befinden sich in einer sehr unsicheren Lage und eine Wirtschaftskrise in Europa könnte sie zur Rückkehr in die Türkei veranlassen, als eine riesige Armee von Arbeitslosen. Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter aus der Türkei, zusammen mit ihren Klassenbrüdern aller Nationalitäten, kämpfen sollten, in welchem Land sie auch sein mögen. Ihr Schicksal kann jedoch nicht vom Schicksal der Revolution in der Türkei getrennt werden, da ihr Aufenthalt in jenen Ländern nur vorübergehend ist.

Polizeiüberfall auf Redaktionsräume der „Aydinlik"



Am 11.7.1978 wurden die Redaktionsräume unserer Zeitung von Polizisten der 1. Abteilung der Polizeidirektion in Istanbul untersucht. Einige Tage zuvor hat der Generalkommandant der Gendarmerie, Sahap Yardimoglu, die Staatsanwaltschaft in Istanbul aufgefordert, das Erscheinen der Serie über „Kontrgerilla" (eine der Armee unterstellte, militärisch ausgerüstete Spezialeinheit, zuständig für die Innere Sicherheit) zu verhindern. Die mit automatischen Waffen ausgerüsteten Polizisten durchsuchten anschließend auch die Druckerei, in der die Tageszeitung AYDINLIK gedruckt wird. (siehe Foto)

Obwohl auch nach den türkischen Pressegesetzen keine Verpflichtung besteht, Informanten oder Dokumente oder deren Herkunft preiszugeben, verlangte die Polizei vom Chefredakteur Aydogan Büyüközden die Herausgabe der Dokumente und drohte widrigenfalls mit der Beschlagnahme der fertigen Druckfahnen. Obwohl nach Art. 25 der türkischen Verfassung eine Beschlagnahme von Pressematerialien verboten ist, wurden nach der Weigerung der Herausgabe der Dokumente und der Preisgabe der Informanten die Druckfahnen der Ausgabe vom 12.7. beschlagnahmt.

Dieses Verhalten der Generalkommandatur der Gendarmerie ist verfassungswidrig und stellt einen Schlag gegen die Pressefreiheit dar. Diese Maßnahmen der Durchsuchung und Einschüchterung beweisen einmal die Echtheit der im Besitz von AYDINLIK befindlichen Dokumente sowie die Existenz der Spezialabteilung „Kontrgerilla", die in der Öffentlichkeit manchmal bestritten wird. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht verhindern, daß diese Folter-, Mord- und Terrorbande in der Öffentlichkeit entlarvt wird.

(Aus der Presseerklärung der Aydinlik)

Dokumente der angolanischen Befreiungsbewegung UNITA

Das folgende Kommuniqué beschloß eine Konferenz des Politischen Büros des ZK der UNITA, gemeinsam mit politischen und militärischen Kadern am 10. Mai 1976 in Cuanza, Angola:

1. In Anbetracht der Kompliziertheit der politischen und militärischen Situation im Lande, die durch die sowjetisch-kubanische Invasion hervorgerufen wurde und dem 14 Jahre dauernden Kampf gegen den (portugiesischen, Red.) Kolonialismus auf den Fersen folgte;

2. In Anbetracht dessen, daß das Minderheits- und Marionettenregime von Agostino Neto unser Land an die Ausländer verkauft hat, um es erneut in eine Kolonie zu verwandeln, womit das Regime nur einmal mehr zeigt, daß es die Wünsche der Mehrheit der unterdrückten und ausgebeuteten Bevölkerung gar nicht vertreten kann;

3. In Anbetracht der jüngsten Einführung faschistischer Unterdrückungsmethoden durch das Neto-Regime, was sich an folgenden Beispielen zeigt: die Schaffung von Institutionen der Unterdrückung, wie dem „Direktorat für Information und Sicherheit von Angola" (DISA), das nach Art der PIDE (der kolonialen portugiesischen Gestapo) aufgezogen wurde, und hauptsächlich mit PIDE Agenten besetzt ist; die Unterdrückung der gerechten Forderungen der angolanischen Arbeiter, die heute von den Kubanern ausgebeutet werden; und die Einschüchterung und Verfolgung von Patrioten, die sich für Freiheit und vollständige Unabhängigkeit einsetzen;

4. In Anbetracht der Schaffung der sogenannten „Volksgerichte", die dazu dienen, Patrioten, die den Neokolonialismus der Sowjetunion und Kubas bekämpfen, zu verfolgen, einzukerkern und zu ermorden, was weiter bestätigt, daß die Neto-Clique nicht von der Öffentlichkeit unterstützt wird;

5. In Anbetracht der wiederholten, aber unerfüllbaren Versprechungen, die Neto bezüglich der Normalisierung des Benguela-Eisenbahnverkehrs gemacht hat (wobei er versuchte, seine Glaubwürdigkeit mit seinen ausländischen Geldgebern unter Beweis zu stellen) und wo er mit der Wiedereröffnung der Eisenbahn erstmals im Mai, dann im Juni, und nun im September bluffte, hat die Konferenz beschlossen:

1. Das leitende Gremium der UNITA zu reorganisieren, die von nun an eine **Politische Partei** ist, sich von revolutionären politischen Prinzipien leiten läßt und über eine bewaffnete Streitmacht verfügt;

2. Das Kommando der Streitkräfte zu reorganisieren, und zwar für die militärischen Ziele unserer Armee, der Söhne und Töchter der Arbeiter und Bauern, um das Minimalprogramm unserer Partei zu erreichen (die Beseitigung des Minderheitsregimes der Verräter von Luanda) und um dann den langen Marsch in Richtung auf das Maximalprogramm zu beginnen (die Einrichtung und Festigung einer Regierung der nationalen Einheit in Angola, um unsere sozialistische Wirtschaftspolitik in Gang zu setzen und durchzuführen);

3. Den bewaffneten Kampf gegen das Regime, das von Kuba und der Sowjetunion eingesetzt worden ist, zu verstärken. Solange das Neto-Regime auf die Unterstützung ausländischer Truppen angewiesen ist, um zu überleben, solange ist ein Dialog mit ihm nicht möglich. Solange dies weiterbesteht, ist es unmöglich, eine Politik der Blockfreiheit, des Afrikanismus und der wirklichen Demokratie durchzuführen;

4. Alle Patrioten, die ungerechter-



Massenkundgebung der UNITA im Süden Angolas.

weise vor die faschistischen Gerichtshöfe Netos gezerrt worden sind, aufzurufen, nicht zu schwanken und weiterhin die Präsenz ausländischer Truppen zu entlarven, von denen Netos Unterdrückerregime abhängt;

5. Gegenüber allen Ländern, die betroffen sind, feierlich zu erklären, daß die Benguela-Eisenbahn unter dem Neto-Regime niemals eröffnet werden wird, gleichgültig welcher Schutz durch die kubanisch-sowjetischen Streitkräfte geleistet wird. Unsere systematischen und auf Lahmlegung abzielenden Anschläge auf die Eisenbahn sind keine Aktionen der Feindschaft gegenüberr den benachbarten Brudernationen Zaire und Sambia, sondern sie sind unvermeidlich in unserem Kampf gegen den sowjetischen Imperialismus.

Es ist ein unverzeihlicher Fehler, zu ignorieren, daß die hauptsächlichen ökonomischen Interessen Südafrikas im Süden Angolas liegen, und daß es diese zu verteidigen galt, als südafrikanische Truppen in Angola eindrangen. Es war völlig fehl am Platze, sie einzuladen oder mit ihnen zu verhandeln, wie es Neto in Ochikango machte. Könnten diese Herren, die der UNITA die Waffen gestohlen haben, sagen, wieviele Kämpfe von den Kubanern gegen Südafrika in Angola ausgetragen worden sind (wie es sich für diejenigen gehören würde, die gekommen sind, um die Südafrikaner aus unserem Land zu vertreiben)? Kein einziger, denn die Kubaner fürchten den Kampf gegen Südafrika und ihr einziger Auftrag war, schwarze Angolaner zu töten.

Könnten uns diese Herren sagen, warum noch Kubaner in Angola sind, wo sich doch nach dem Versöhnungsbankett zwischen Neto, Kubanern und Südafrikanern die Südafrikaner bereits **freiwillig** zurückgezogen haben?

Die Neto-Clique, die kubanischen Agenten, die russischen Sozialimperialisten und ihre Agenten in Afrika versuchen weiterhin das Hineinwirken von Faktoren zu vergessen, die unseren Kampf nicht nur möglich machen, sondern schließlich auch zum Sieg führen werden:

a) ein riesiges Territorium, das Portugal in den 500 Jahren nie vollständig kontrollieren konnte;

b) eine Bevölkerung, von der zwei Drittel der UNITA gewogen sind, was ein Ergebnis der Mobilisierung und Organisierung der Massen ist;

c) ein ausgedehntes System von Straßen und Eisenbahnen (wobei 43 der wichtigsten) Brücken zerstört sind) führen in der Regel durch abgelegene Gebiete, wo Sabotage und Hinterhalte keine Schwierigkeiten sind;

d) Eine durch Bürgerkrieg und Massenauswanderung der Portugiesen zerstörte Wirtschaft;



Genosse Jonas Savimbi, Präsident der UNITA, spricht auf einer Veranstaltung

e) ein Staatsdienst, der einfach nicht funktioniert;

f) die fortdauernde Anwesenheit einer feindlichen Besatzerarmee, nun von 8.000 kubanischen Soldaten verstärkt, von denen mehr als hundert Familien die von Portugiesen errichteten Farmen im reichen Ackerbaugebiet von Cela in Besitz genommen haben;

g) Arbeitslosigkeit und absoluter Mangel an wichtigen Produkten in allen Dörfern, Städten und Großstädten Angolas.

Der abscheuliche Charakter der Luandaclique, die völlig unfähig ist, sich mit den ausgebeuteten Massen des Volkes zusammenzuschließen;

i) die Existenz der UNITA als Vorhut der armen Bauern, der Arbeiter, der Intellektuellen aus der Bauern- und Arbeiterschaft, der kleinen Kaufleute, die nach einem besseren Leben streben, und all der Patrioten, die der Anwesenheit fremder Truppen in unserem Land feindlich gegenüberstehen;

j) die Existenz der FALA (bewaffnete Streitkräfte der UNITA), gestählt vom 10 Jahre dauernden Kampf Seite an Seite mit der ländlichen Bevölkerung ohne ausländische Hilfe, stets im Vertrauen auf die eigene Kraft, und stets gestützt auf die schöpferische Tatkraft der ausgebeuteten Massen.

Die tiefe Verankerung der UNITA und der FALA im Volk, ihre reichen Kampferfahrungen und die Tatsache, daß sie direkt innerhalb des Landes selbst angeleitet werden — all das ermöglicht es der Führung von UNITA und FALA, korrekte Analysen im Inneren und außerhalb des Landes durchzuführen, um eine politische Linie festzulegen, die in der Lage ist, das Volk von Angola zu seiner wirklichen Befreiung und nationalen Unabhängigkeit zu führen.

Der russische Sozialimperialismus wird besiegt werden

Die Geschichte der Arabischen Republik Ägypten in Afrika, der Volksrepublik China in Asien und die der Demokratischen Republik Albanien in Europa zeigen uns den Weg zum entschlossenen Kampf gegen jene, die sich zwar selbst Sozialisten nennen, die aber in Wirklichkeit Imperialisten in anderen Ländern sind, die sie als klein oder schwach betrachten.

Unsere Politik des bewaffneten Kampfes gegen den Sozialimperialismus ist die einzig richtige Linie, die sich allen Kompromissen mit dem Luanda-Regime entgegenstellt, welches seine Macht durch kubanische Truppen und russische Waffen erlangt hat.

Im Gegensatz zum opportunistischen Kompromiß jener afrikanischen Länder, die mit leichtfertiger Hastigkeit das Luanda-Regime als den legitimen Vertreter unseres Volkes anerkannt haben, halten wir daran fest, daß die einzig mögliche Koexistenz mit demselben Luanda-Regime die bewaffnete Koexistenz ist. Die Tendenz der Nachbarländer, ihre Verteidigung zu verstärken, ist ein **öffentliches Zugeständnis** der betreffenden Länder, daß das besagte Regime keinerlei Gefühle des Vertrauens erweckt. Die Natur des

Imperialismus ändert sich nicht, seine Haupttriebfeder ist Expansionismus und Verteidigung seiner Flanken. Wenn heute unser Land Angola das Ziel der Unterwerfung ist und vom russischen Sozialimperialismus heiß begehrt wird, so müssen wir die Aufmerksamkeit aller unserer Nachbarn auf die Tatsache lenken, daß ihre eigenen Länder die Flanken bilden für den jüngsten Schauplatz einer Eroberung durch eben diesen russischen Imperialismus. Nehmt Euch in Acht!

Die einzige Garantie für eine friedliche Koexistenz in der südlichen Hälfte des Kontinents ist die Zerschlagung des trojanischen Pferds in Gestalt des Luanda-Regimes, welches in dieser Gegend von den sogenannten kubanischen Internationalisten und den russischen Expansionisten an die Macht gehievt wurde. Für die UNITA ist die Zeit der Neutralität vorbei. Unsere Freunde sind nur diejenigen, die den Kampf für die Freiheit unseres Volkes auf die eine oder andere Weise konkret unterstützen. Neutrale sind die Freunde unserer Feinde, und viele von ihnen auf der ganzen Welt erkennen das in Luanda errichtete Minderheitsregime an, um rasch von der Situation zu profitieren und ihre eigenen Interessen zu verteidigen.

Es wird keinen Frieden in Angola geben! Keine wirtschaftliche Entwicklung! Keinen Eisenbahnverkehr! Keine Häfen in Betrieb — solange sich das Luanda-Regime mit Hilfe kubanischer Soldaten, russischer Rüstung und Kampfflugzeugen an die Macht klammert.

Die UNITA wäre schließlich bereit, eine Unterredung mit dem Minderheitsregime in Luanda unter folgenden Bedingungen zu akzeptieren:

1. Die fremden Truppen müssen unverzüglich und vollständig aus Angola abgezogen werden.

2. Alle offiziellen Unterdrückungsagenturen der MPLA, wie das „Volksgericht" und das „Direktorat für Information und Sicherheit", die Geheimpolizei des Neto-Regimes, die im Aufbau der portugiesischen Gestapo (PIDE) nachgebildet ist, müssen aufgelöst werden.



In den von der UNITA befreiten Gebieten baut das Volk selbst sein Volksbildungswesen auf.

3. Sofortige Freilassung aller Kader, Mitglieder und Anhänger der UNITA aus der Einkerkerung, sowie auch aller Patrioten, die vom unterdrückerischen Luanda-Regime eingesperrt wurden und deren einziges Verbrechen es ist, für das Volk von Angola wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit gewünscht zu haben. Zu den zuletzt Erwähnten in den finsteren Kerkern des LuandaRegimes gehören Patrioten, die gegen das portugiesische Regime gekämpft haben und noch während der Kolonialzeit eingesperrt wurden: die Genossen Joaquim Pinto de Andrade, Carlos Aniceto Vieira Dias, Gentil Viana und weitere Mitglieder der MPLA/Aktiver Aufstand.

4. Die MPLA muß eindeutig das Prinzip der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit in Angola als alleinige Garantie für eine wirkliche nationale Versöhnung und nationale Einheit akzeptieren.

Die Analyse der inneren Natur des sowjetischen Imperialismus ergibt, daß in Bälde Widersprüche einerseits zwischen den russischen Imperialisten und ihren kubanischen Kettenhunden auftauchen werden, wenn sie um den Knochen, d.h. um die Reichtümer unseres Landes raufen. Auf der anderen Seite wird es Widersprüche zwischen den Russen und Kubanern auf der einen Seite und der Neto-Clique auf der anderen Seite geben, weil die russischen Marionetten dem angolanischen Volk eine Fassade der Unabhängigkeit vorspiegeln und ihm einreden wollen, daß sie die Herren ihrer Entscheidungen sind. Geheimberichte aus Luanda weisen eindeutig auf die Verschärfung der ersteren Widersprüche zwischen Kubanern und den Streitkräften der MPLA hin, die sich vor allem aus der Tatsache ergeben, daß sich die Kubaner weigern, in Kampfgebiete ohne Fließwasser und elektrischen Strom zu gehen.

Das angolanische Volk weiß — und die Welt sollte es nicht vergessen — daß die MPLA den Kampf um die Städte gegen die UNITA nicht gewonnen hat. Jeder zeitweilige militärische Erfolg, den sie errangen, wurde von regulären Truppen aus Kuba mit Waffen und Geld aus Rußland herbeigeführt. Daher **ist die Regierung Neto nicht der Ausdruck des Willens des Volkes von Angola.** Sie ist eine Regierung von Gnaden Havannas und Moskaus.

Die Konferenz schließt also, daß sämtliche Aktivitäten der inneren und äußeren Reaktionäre und Lakaien des sowjetischen Sozialimperialismus gegen Angola nicht nur sicher zerschmettert werden, sondern vielmehr zerschmettert werden müssen.

Die Luanda-Clique verfügt über russisches Geld, russische Panzer, russische Flugzeuge und kubanische Soldaten. Diese ganze Überlegenheit ist aber etwas Vorübergehendes. Die Ablehnung einer ausländischen Besatzerarmee durch die überwiegende Mehrheit des angolanischen Volkes sowie der revolutionäre, im Interesse des Volkes liegende Charakter unseres Kampfes werden der entscheidende Faktor für den endgültigen Ausgang sein.

Um unsere Ziele innerhalb einer begrenzten Zeitspanne zu erreichen, richten wir folgenden Aufruf an unsere Partei im allgemeinen; an alle Mitglieder unserer Streitkräfte für die Befreiung Angolas (FALA); alle Kader; an die Führer der Partei und der Massenorganisationen; an alle Vertreter der Partei im Ausland; an alle unsere Landsleute, besonders an die patriotischen Kräfte, die es abgelehnt haben, sich mit der Schande, die erste russische Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent zu werden, abzufinden:

a) Seid wachsam gegenüber den ein-

geschleusten Pseudoangolanern, die für den russischen Sozialimperialismus arbeiten;

b) bleibt wachsam gegenüber den falschen Vermittlern im Sold der neuen Zaren, denn die Einheit und Versöhnung des angolanischen Volkes muß die Prinzipien von Freiheit, wahrer Demokratie, Afrikanismus und Blockfreiheit beachten;

c) Arbeitet mit uns und unseren Streitkräften zusammen, wo immer sie an ihrer Aufgabe arbeiten, unser Land von fremden Truppen und Verrätern zu säubern. Jene, die Waffen besitzen, seien diese auch noch so einfach, sollten Guerillatruppen bilden, und dem Feind zusetzen, bis die regulären FALA-Einheiten diese Aufgabe ihnen abnehmen;

d) Zerstört Verbindungseinrichtungen — Straßen, Schienen, Telephonleitungen — um den Zerfall des reaktionären Regimes in Luanda zu beschleunigen;

e) Werft die Einteilung der Arbeitszeit über den Haufen, beschädigt Maschinen, bleibt der Schule fern, lähmt die kommunalen Einrichtungen, um dem Feind das Gefühl zu geben, daß er auf einem Ameisenhügel sitzt;

f) Verweigert jede Form der Zusammenarbeit mit den ausländischen Besatzern, füttert sie mit Fehlinformationen und verweigert ihnen Nahrung und Unterkunft;

g) Helft den FALA-Einheiten immer mit Nachrichten und Informationen über die Bewegungen des Feindes, gebt ihnen Nahrung und verratet nie den Aufenthalt von verwundeten, kranken oder sonstwie behinderten Kämpfern;

h) Steigert den Ernteertrag von Mais, Kartoffeln, Maniok, Reis und anderen Massennahrungsmitteln in von den Hauptverbindungslinien abgelegenen Gebieten, um das Volk und die Kämpfer zu ernähren. Produktions-, Verteilungs- und Konsumkooperativen sollten gefördert werden, damit die Erzeugnisse unserer Arbeit vernünftig eingesetzt werden;

i) Organisiert Volksmilizen, um die Produktionsgebiete zu schützen;

j) Entwickelt in den Stützpunkten und befreiten Gebieten die landwirtschaftliche Produktion und Viehzucht, und seid gleichzeitig sparsam im Umgang mit Rohstoffen;

k) Bildet die Befreiungsstreitkräfte wirksam aus, lehrt sie, den besten Gebrauch von den Waffen zu machen um die Sozialimperialisten aus Kuba und Rußland zu bekämpfen;

l) Vervollständigt die Erziehung aller Soldaten, erweckt in ihnen das Bewußtsein ihrer historischen Pflicht, das Land zurückzugewinnen, und Angola und seinem Volk die Ehre und Würde zurückzugeben;

m) Bereitet das ganze Volk auf den allgemeinen nationalen Widerstand vor.

Unsere Freunde müssen uns in dieser Stunde des Kampfes gegen den Sozialimperialismus beistehen. Die UNITA und das Volk wird in der Stunde des Sieges nicht mehr Entschuldigungen annehmen, wie im Jahre 1974, als wir so etwas in den Augen so mancher sahen, die zuerst herauskamen, um uns zu umarmen, nachdem sie uns acht Jahre lang erniedrigt und verfolgt hatten.

Wir sind uns unseres Sieges gewiß! Wer an unseren Möglichkeiten zweifelt, unterschätzt die schöpferischen Fähigkeiten der Menschen, wenn sie von edlen, gerechten und gemeinschaftlichen Zielen geleitet werden. Das ist besser, als mit Leuten zu tun zu haben, die das Doppelspiel von Opportunisten betreiben. Wir sähen es lieber, wenn diese Meister des Betrugs und der Lüge weiterhin an der Seite des Neto-Marionettenregimes blieben. Wir werden unseren Weg so wie bisher weiterverfolgen. Wir sind keine Agenten Südafrikas und sind niemals welche gewesen. Genauso lehnen wir es ab, Lakaien oder Marionetten des russischen Sozialimperialismus zu sein. Woher er auch immer kommen mag, und wie auch immer er aussehen mag: Der Imperialismus bleibt immer Imperialismus, ein Keil zwischen den Völkern und ihrer nationalen Unabhängigkeit.

Die UNITA hat den Mut, den russischen Sozialimperialismus offen zu bekämpfen, und wir werden Afrika und der Welt eine Überraschung liefern, wie schon im Jahre 1974, als uns unsere klassischen Verleumder widerwillig die „kleinste Kraft in Angola" nannten. Wer das Volk auf seiner Seit hat, ist niemals klein, auch nicht im Angesicht des riesenhaften russischen Eindringlings. Mit dem Volk gewinnt man immer. Gegen das Volk verliert man immer.

Waffenbrüder, Landsleute, Freunde auf der ganzen Welt, wir wissen, daß unsere Aufgabe schwer ist, und unser Weg lang und beschwerlich. Aber wir wissen auch, daß unsere Anstrengungen jenen Tag herbeiführen werden, an dem unser geliebtes Land aus der Finsternis sozialimperialistischer Unterdrückung heraustritt, und wir wieder als freie Menschen leben werden, mit dem Recht, uns unsere Regierung und unser politisches System selber auszusuchen. Die militärischen Erfolge, die wir in den vergangenen zwei kurzen Monaten des Volkswiderstands erringen konnten, sind der Beweis, daß wir gewinnen werden, und daß wir unsere Freunde, unsere Familien und unsere Landsleute wieder in einer einzigen angolanischen Familie geeint sehen werden. Wir werden frei, vereint und unabhängig sein.

Nieder mit der Neto-Clique!

Nieder mit dem Sozialimperialismus!

Es lebe die Regierung der nationalen Einheit in Angola!

Es lebe das wirklich freie und unabhängige Angola!

Die Macht der angolanischen Mehrheit!

Sieg oder Tod, vereint werden wir gewinnen!



Die FALA ist bereit zum Kampf gegen die sozialimperialistischen Okkupanten des Landes.

Botschaft an alle Völker der Welt von Genossen Jonas Savimbi vom 25. September 1976



Genosse Jonas Savimbi, Präsident der UNITA

Solange Angola unter sowjetischer Kontrolle bleibt, ist es wahrscheinlich, daß das restliche südliche Afrika folgen wird. Die afrikanischen Völker haben gerade die Ketten der westlichen Kolonialherrschaft abgeworfen und geraten schon wieder unter fremde Herrschaft — unter die des sowjetischen Sozialimperialismus. Afrikanische Staaten, die die Freiheit und Blockfreiheit schätzen, spielen trotzdem ein gefährliches Spiel mit der Sowjetunion: Ohne es zu wollen, werden sie eines Tages Trabanten der Sowjetunion sein, Sklaven unter sowjetischer Herrschaft. Die Welt muß erkennen, daß der wachsende Einfluß Rußlands in Afrika direkt mit dessen Beherrschung von Angola zusammenhängt, das das Gelingen seiner finsteren Pläne im südlichen Afrika garantiert.

Die Bildung einer Kette prosowjetischer Staaten wird sich nach Süden bis Kapstadt fortsetzen, und dann noch aggressiver in den Norden weitergehen.

(...)

Lange Jahre glaubten die westlichen Länder an die Unerschütterlichkeit ihrer Kolonialreiche, die die afrikanischen Völker unterdrückten und ausbeuteten. Hingegen hat die Sowjetunion ihre besten politischen Gelehrten systematisch dazu angehalten, die am profitabelsten erscheinende Politik für Afrika zu entwerfen. So kam es dazu, daß die Vereinigten Staaten bis zur Erklärung einer „neuen US-Außenpolitik in Afrika durch Staatssekretär Kissinger in diesem Jahr, die Vorherrschaft des Westens in Afrika durch die Unterstützung der Kolonialstaaten aufrechtzuerhalten suchten, während die Sowjetunion den Westen zu überlisten trachtete, indem sie direkt mit den schwarzafrikanischen Staaten und den Führern der Befreiungsbewegungen verhandelte. Rußland hatte in Afrika keine kolonialistische Vergangenheit: und seine „freundliche" — jedoch nie uneigennützige — Haltung gegenüber dem antikolonialistischen Kampf führten viele Befreiungsbewegungen in die sowjetische Einflußsphäre.

Die russische Unterstützung sogenannter „fortschrittlicher" Staaten Afrikas stärkt ironischerweise Regierungen, die von Tag zu Tag unterdrückerischer werden. Die Definition dessen, was „fortschrittlich" ist, gehorcht scheinbar nur sowjetischen Kriterien: Ein Regime ist dann „fortschrittlich", wenn es sowjetisch-revisionistisch ausgerichtet ist, und „reaktionär", wenn es vorzieht, blockfrei zu bleiben und freundliche Beziehungen mit dem Westen unterhält. Die „Blockfreiheit" Kubas und Agostinho Netos Regierung in Luanda stellen eine der größten Verzerrungen und Mißbräuche politischer Bezeichnungen im internationalen Maßstab dar. Das ist eine Blockfreiheit „a la Russie".

Gerade jetzt wird in Angola eine Kampagne der Zerstörung, der Grausamkeiten und des Todes unter dem Deckmantel der „Fortschrittlichkeit" durchgeführt. Wir lehnen es um unserer Identität wegen ab, „russisch-fortschrittlich" genannt zu werden. Wir vergessen nie, daß wir uns geweigert haben, „schwarze Portugiesen" oder „schwarze Europäer" zu werden, genauso, wie wir uns gegen die gegenwärtige Bewegung zur Wehr setzen, aus den Angolanern schwarze Russen zu machen (...)

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise in Angola gibt es einige entscheidende Widersprüche, die die Welt zur Kenntnis nehmen muß, oder sie muß sich vor der Nachwelt dafür verantworten:

1. Es lag nicht in der Macht der UNITA, Südafrika an seiner Einmischung zu hindern; dennoch wurde die Weltöffentlichkeit, anstatt uns zu helfen, alle fremden Interventionisten aus dem Land zu vertreiben, von den Medien dazu gebracht, all ihre Aufmerksamkeit und verleumderische Propaganda auf Beschuldigungen und Beschimpfungen der UNITA zu konzentrieren.

2. Tausende kubanische und Katanga-Söldner kämpften schon seit zwei Monaten an der Seite der MPLA, als sich südafrikanische Einheiten in das Gefecht mischten; trotzdem wurde das Gerücht, daß die Kubaner nach Angola gekommen seien, um gegen die Südafrikaner zu kämpfen, auf niederträchtigste Weise in die Gehirne der Völker der Welt gestopft.

3. Schon im September 1975 machten wir die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) und alle betroffenen Personen ganz nüchtern auf die Gefahr solcher komplexer ausländischer Kräfte aufmerksam, die sich gegenseitig in die Arena von Angola riefen, niemand beachtete unsere Warnungen, bis zwei Monate später die russische Seite des Konfliktes es als vorteilhaft erachtete, unsere Warnungen nachzubeten.

4. Das Problem bestand darin, alle fremden Interventionisten aus Angola zu vertreiben; aber die Welt erhob keinen Finger gegen die kubanischen Truppen (die noch immer dort kämpften, lange nach dem Abzug der Südafrikaner...)

5. Wir strebten die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit an, um den Buchstaben und den Geist der Übereinkunft von Alvor zu retten; aber die wichtige Frage demokratischer Wahlen fand in der „freien Presse" der „freien Welt" kein Echo, die die Einmischung Südafrikas unwiderstehlich sensationell und auflagenfördernd fand.

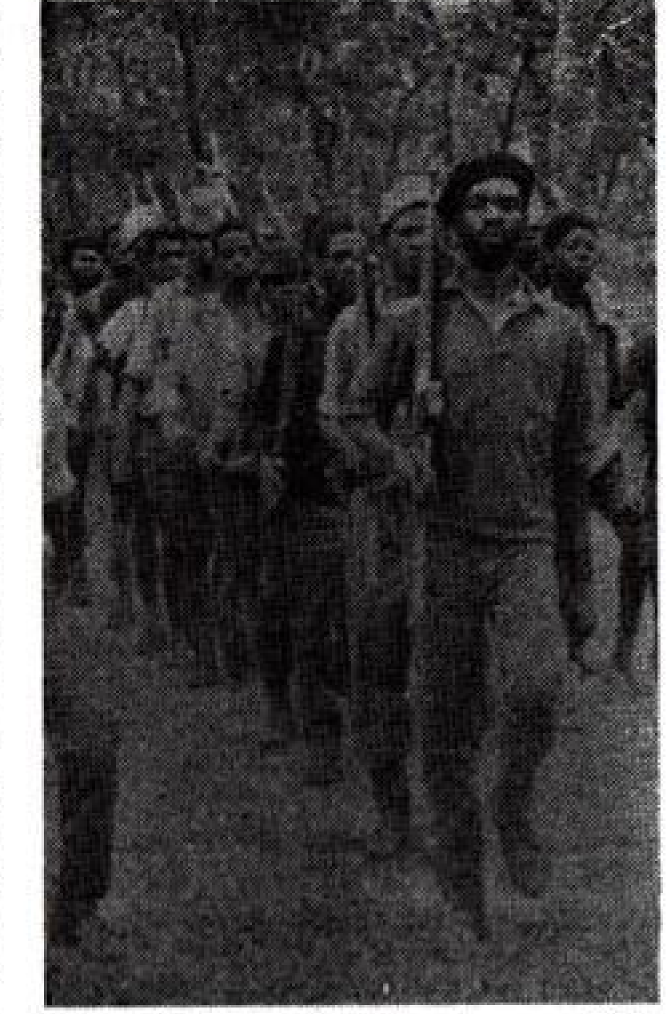
6. Die militärische Bedeutung der angeblich 1.200 südafrikanischen Soldaten mit ihren mittelmäßigen Waffen wurde angesichts der riesigen bestbewaffneten 18.000-Mann-Streitmacht der Russen und Kubaner zu Zwergenhaftigkeit reduziert. (...)

Wer Afrika tatsächlich gut gesinnt ist, kann die Ersetzung einer imperialistischen Supermacht durch eine andere nicht zulassen. Die „neue Afrika-Politik" der USA sollte nicht auf Kompromissen und Unterwerfung unter die Sowjetunion gegründet sein. Kein Friede, der durch Diplomatie und Geld zu haben ist, wird die Probleme im südlichen Afrika lösen: Die bewaffneten Kämpfe, die die Zukunft gestalten werden, sind erst am Anfang. Den USA rät man heute, „nur diplomatischen Druck auf die rassistischen Minderheitsregimes auszuüben .. aber seine Gewehre aus Afrika herauszuhalten." Den USA wird gesagt, daß „die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika genügend Waffen von ‚unseren befreundeten sozialistischen Ländern' haben, aber wir könnten etwas politische, diplomatische Hilfe beim Druck auf Südafrika brauchen . . ." Befristete Friedensverträge und Kompromisse können die entscheidende militärische Konfrontation zwischen denen, die

bewußt oder unbewußt für die sowjetische Sache arbeiten, nur verzögern, aber nicht verhindern. Eine afrikanische Lösung eines afrikanischen Problems sollte im Fall von Angola damit beginnen, *alle* ausländischen Mächte daran zu hindern, ihre Gewehre und Soldaten ins Land zu bringen. Es gibt keinen anderen vernünft tigen Weg!

Eine konstruktive US-Afrikapolitik sollte nie auf der Annahme gründen, daß Regierungen und Befreiungsbewegungen, die von den Russen zur Macht geschossen wurden, „nicht notwendigerweise Kommunisten sind" und daher nicht bekämpft werden sollten. Wenn man glaubt, daß der Kampf in Angola zwischen Kommunismus und Antikommunismus geführt wird, versteht man überhaupt nicht, worum es geht. Rußland hat kein Interesse an der Verbreitung des Kommunismus in Afrika. Einige von der Sowjetunion abhängige Länder Afrikas sind sogar so „reaktionär", daß sie jeden, der den Kommunismus predigt, aufhängen könnten. Afrika kann vollständig zur Neokolonie der Sowjetunion werden und trotzdem antikommunistisch bleiben. So wie der Westen Afrika ausbeutete, ohne seine Art der „Demokratie" irgendwo sichtbar zu installieren, wird die Sowjetunion bemüht sein, ihre wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft zu errichten, ohne sich die Mühe zu machen, ihre Art des „Kommunismus" (Revisionismus) in Afrika aufzubauen. Dieses „Kommunismus gegen Antikommunismus"-Argument ist auch vom Standpunkt der westlichen liberalen Politiker ohne Bedeutung, da diese ja die USA scharf auffordern, pseudomarxistische Regierungen, von denen Afrika jetzt übersät ist, anzuerkennen. Die sowjetische Art von „Kommunismus" entwickelt sich auf der Grundlage von Chruschtschows Nachahmung des „Kommunismus auf amerikanische Art", liefert wirklich wenig oder nichts für ein ideologisches Streitgespräch mit den westlichen Liberalen. Aber der Grundsatz, daß ein Volk frei sein muß, um sein eigenes Regierungssystem und seine Führer demokratisch zu wählen, darf nicht mißachtet werden, weil dies der Inhalt unseres antikolonialen nationalen Befreiungskampfes ist.

Der Preis, den wir für die Freiheit und die Volksdemokratie zahlen müssen, ist hoch, aber wir müssen ihn zahlen. In Angola hat die UNITA glücklicherweise einen unschätzbaren Vorteil, den sie ausspielen kann: die Unterstützung durch beinahe die Hälfte der angolanischen Bevölkerung. Die Beliebtheit der UNITA wurde hinreichend bewiesen. Sie findet sich im Bericht der Bewegung der Portugiesischen Streitkräfte (MFA) im



Die FALA, offizielle Armee UNITA, bei der militärischen Übung.

April 1975 bestätigt, die damals die Verteidigung Angolas überhatte; sie wurde von der OAU-Beratungskommission bestätigt, als diese Angola im August 1975 besuchte. Unter sowjetischem Druck jedoch wurde der Bericht der OAUKommission zu einem Fetzen Papier: Während die OAU noch das Angola-Problem beriet, schossen sowjetischen Panzer den Weg für Agostinho Netos Machtübernahme frei. Und die kubanische 15.000-Mann-Armee, die diesen sowjetischen Coup durchführte, ist noch immer im Land, um Neto vor dem Willen des angolanischen Volkes zu schützen.

Heute stehen wir allein in unserem Widerstandskrieg gegen die russische Okkupation. Die Kämpfer der UNITA sind in Kämpfe verstrickt, während die sogenannten „Freunde" der UNITA uns eifrig in den Rücken fallen. Indem man uns ständig als „prowestlich" bezeichnet, stellt man die ideologische Integrität und das Programm unserer Partei in Frage, das nicht aus dem Westen importiert wurde, sondern für den Kampf in Angola und die besonderen Bedingungen in Angola entwickelt wurde. Die Bezeichnung „prowestlich" ist nicht berechtigt, wenn wir in dieser schweren Zeit nationaler Schwierigkeiten keine Unterstützung, weder materielle noch sonstige aus dem Westen erhalten. Die Bezeichnung „prowestlich" ist nicht berechtigt, weil die Schlüsselfragen — freie demokratische Wahlen und eine Regierung der nationalen Einheit — für die wir mit aller Kraft eingetreten sind, im Westen kein Echo fanden. Die der UNITA angehängte Bezeichnung „prowestlich" ist nicht berechtigt, weil wir vom Westen verunglimpft und verleumdet werden.

Während wir gegen die sowjetisch-kubanische Besetzung kämpfen, ist es die Gulf Oil Corporation der USA, die der von der Sowjetunion und Kuba beschirmten Neto-Regierung die größten Einnahmen verschafft. Italien hilft auch der Neto-Regierung wirtschaftlich. Ob Italien dies wegen seines schon fast vollständigen Überganges in den sowjetischen Machtbereich oder wegen seiner angeblich ungebrochenen Loyalität zur NATO tut, wissen wir nicht. Portugal, Schweden, Brasilien, Finnland und Norwegen beeilen sich, Kapital und Technologie in Angola einzuführen. Der Weltkirchenrat hat in letzter Zeit Spendensammlungen für die MPLA durchgeführt, unter Nichtbeachtung des Terrors und der Brutalität, die das MPLA-Regime gegen die afrikanischen Kirchen und Kirchenführer in Zentralangola ausübt. Sie alle tragen dazu bei, den sowjetischen Griff auf Angola zu festigen.

Eine wirksame Lösung der Frage des südlichen Afrika muß mit der Beendigung der Scheinregierung der MPLA in Luanda beginnen. Die Kompromisse der westlichen Länder mit der Regierung in Luanda, aus welchen Motiven auch immer geschlossen, tragen nur zur Festigung der sowjetischen Position bei und verlängern das Leiden des Volkes von Angola im Widerstandskampf. Wenn „Mehrheitsregierung" ein ernstes und umfassendes Prinzip ist, dann wird die MPLA-Regierung, die eine deutliche Minderheitsregierung ist, weichen müssen, egal, wie lange unser Kampf dauert. Der Kampf für Volksdemokratie richtet sich nicht nur gegen weiße Minderheitsregierungen, er richtet sich gegen faschistische unterdrückerische Minderheitsregierungen, ob sie national oder ausländisch sind, schwarz oder weiß.

In diesem bewaffneten Widerstandskampf brauchen wir

a) politischen Mut, um unserem Schicksal mit Entschlossenheit begegnen zu können, besonders angesichts eines scheinbar so furchtbaren, unbezwinglichen Gegners;

b) die Suche nach afrikanischen Lösungen für afrikanische Fragen, selbst wenn wir zeitweise von denen isoliert sein müssen, die nach jemandes anderer Pfeife tanzen;

c) Einheit des Ziels und der Handlungen, so daß unsere Freiheit errungen und vereint bleiben kann.

Vereint werden wir siegen!

Für das ZK der UNITA, Jonas Malheiro Savimbi, Präsident der UNITA, 25. September 1976

Kritik am Artikelabschnitt „Die Post — ein staatskapitalistischer Monopolbetrieb" in Kommunist 6/77

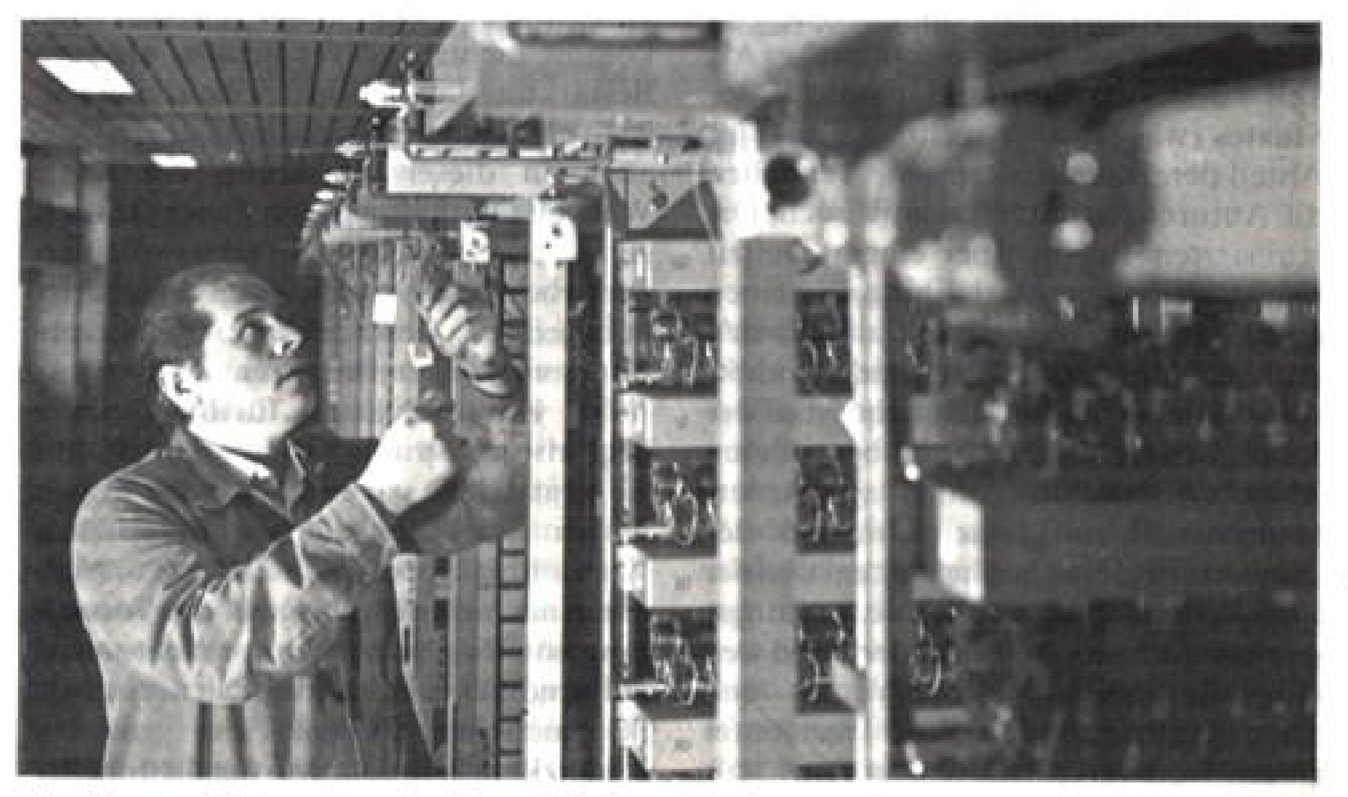
Diese Kritik wurde in der Vorbereitungsgruppe für eine „Gewerkschaftsfraktion Öffentlicher Dienst" erarbeitet und bezieht sich auf den ersten Abschnitt des Artikels „Aufbau und Aufgaben der Post — Lage und Kampf der Postbediensteten in Österreich" — „Die Post, ein staatskapitalistischer Monopolbetrieb" (abgedruckt in Kommunist 6/77).

Die Charakterisierung der Post in diesem Abschnitt ist verworren und falsch. Es wird Lenin herangezogen; er sagt: Die Post ist (im damaligen Deutschland, aber durchaus übertragbar) „nach dem Typ des **staatskapitalistischen** Monopols organisiert". Für die einfachen Werktätigen in einem solchen Unternehmen bedeutet das, daß über ihrem Schaffen und Schuften die Agenten der bürgerlichen Verwaltung stehen (der Staat eben als „Arbeitgeber", Kapitalist, Ausbeuter). Solche staatskaptialistischen Monopole, sagt Lenin weiter, haben die Eigenart und besondere Bedeutung, daß sie als „Mustersozialistischer Wirtschaft" angesehen werden können. Warum? Weil in ihnen der „Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung.

Also: Die Post ist ein ganz normaler, kapitalistischer, staatskapitalistischer, Monopol-Betrieb: „Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden." Was ist nun die besondere Bedeutung dieser Tatsache für die Kommunisten und für den Klassenkampf des Proletariats? Die Post ist damit gerade Beweis für die Reife der Gesellschaft für den Sozialismus, ferner anschauliches Beispiel für die Möglichkeit der Organisierung und Verwaltung der Produktion durch die Produzenten nach der Revolution.

Daran knüpft der Artikel an, und die Autoren behaupten, in diesen Ausführungen Lenins komme auch der **zwiespältige Charakter der Post zum Ausdruck."** Dieser „zwiespältige (heißt das widersprüchliche?) Charakter der Post besteht aber nach Interpretation der Autoren in folgendem: „**Einerseits Öffentlicher Dienst**, also Teil des Verwaltungsapparates, im wesentlichen repräsentiert durch die bürgerliche Bürokratie an der Spitze dieses Apparates. **Andererseits produktiver Betrieb**, und als solcher heute ein wichtiger Bereich für die Kapitalistenklasse für die Abwicklung des Ausbeutungsgeschäftes." Dieser vermeintlich „zwiespältige Charakter" findet seinen Ausdruck auch in der **Spaltung der Bediensteten** zwischen Dienstaufsicht einerseits, und der Masse der kleinen und mittleren Beamten andererseits." Der Artikel sagt also, der Zwiespalt sei zwischen „Teil des Öffentlichen Dienstes oder Verwaltungsapparates sein" und „Produktiver Betrieb sein" angesiedelt. Nicht zufällig, wie wir noch sehen werden, erinnert das an landläufige Äußerungen von Privatkapitalisten und Kleinbürgern, die zwischen „Staatsbetrieb sein" und „produktiv sein" tatsächlich einen Widerspruch sehen, etwa im Sinne des Reimes „Wann i nix kann, geh i zur Bahn, bin i a Tost (Tepp, kärntnerisch), geh i zur Post."

Es ist unserer Meinung nach übrigens nicht ganz richtig, zu sagen, die Post oder ähnliche Betriebe seien Teil des Verwaltungsapparates im eigentlichen Sinne (Gewaltapparat zur Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung); sie sind staatskapitalistische Monopole unter direkter Leitung des Staates; sie sind höchstens juristisch und budgettechnisch Teil des Verwaltungsapparates — aber sogar diese formale Bestimmung ändert sich nun bald, wenn Post und Bahn ausgegliedert werden, und ihre Führung eine „managementähnliche" Konstruktion bekommen soll.



Ein Fernmeldemonteur der Post bei der Arbeit

Kurz und gut, es besteht also unserer Meinung nach der erwähnte Zwiespalt nicht. Es ist kein Widerspruch zwischen „produktiver und wertschöpfender Betrieb sein" und „unter der Leitung des monopolkapitalistischen Staates stehen"; Beispiele, wie etwa England, zeigen, daß die Leitung bestimmter Betriebe schnell und mehrere Male zwischen privatkapitalistischen Gruppen und dem Staat hin- und herwandern kann. Es gibt ferner Staaten, kapitalistische Staaten, wo fast der gesamte produktive, industrielle Sektor der Wirtschaft der staatlichen Leitung unterliegt.

Der Widerspruch, den Lenin in der Post versteckt sah, war der zwischen Kapitalismus und Sozialismus, so wie oben dargelegt.

Der so fälschlich interpretierte zwiespältige Charakter fände seinen Ausdruck auch in der „Spaltung der Bediensteten". Das ist unrichtig. In der „Spaltung der Bediensteten" (übrigens sollte man genausowenig hier von einer Spaltung der Bediensteten reden, wie man z.B bei Philips von einer „Spaltung der Belegschaft" in Arbeiter und Direktor reden würde) in Dienstaufsicht und kleine und mittlere Bedienstete, kommt auch bei einem staatlich verwalteten Betrieb der Widerspruch zwischen den einfachen Werktätigen und den Kapitalisten und ihren Lakaien zum Ausdruck; bei verstaatlichten Betrieben tritt die Bourgeoisie eben in Form der Agenten der bürgerlichen Demokratie auf — hohe Beamte, vom Staat angestellte Direktoren . . .

Weiter: Der einmal betretene Pfad wird weiter gegangen. Die Defizite von Bahn und Post werden „erklärt". „Als Teil des Verwaltungsapparates des Staates (was sie aber nicht sind) ist der Anteil der ‚toten Kosten' (was verstehen die Autoren darunter?) relativ hoch. Die realisierten Profite (bei einem Defizit machen sie aber ex definitione keinen Profit) reichen daher nicht aus für den Ankauf von Arbeitskraft und Produktionsmitteln. Ein beträchtlicher Teil der Investitionen wird aus besonderen Mitteln angekauft, nämlich aus Steuergeldern. . . . Tatsächlich muß der ‚Steuertopf' deswegen herhalten, weil der komplizierte bürgerliche Verwaltungsapparat hohe Kosten erfordert, und weil den Kapitalisten die Waren und Dienstleistungen der Post weit unter ihrem Wert verschleudert werden."

Also wegen „hoher toter Kosten" die Defizite; und die „toten Kosten" entstehen wegen der „hohen Kosten des bürgerlichen Verwaltungsapparates." Auch „weil den Kapitalisten die Waren und Dienstleistungen der Post . . . verschleudert werden", was wohl der einzig richtige Gedanke des ganzen Absatzes, aber auch nur ein Teil der Erklärung ist.

Ich nehme nicht an, daß die Autoren meinten, „allerhand" Kosten, die mit dem staatlichen Verwaltungsapparat als Ganzem entstehen, würden einfach der Post aufgehalst — das wäre durch nichts zu belegen — also kann nichts anderes als das gemeint sein: Die Post wird so „unwirtschaftlich geführt, mit so hohen Kosten durch den staatlichen Verwaltungsapparat belastet, daß kein Profit mehr herausschauen kann — für die schmarotzerische Leitung durch den Verwaltungsapparat muß eben der Steuerzahler aufkommen. Bei dieser „Erklärung" kommt nichts anderes heraus, als eine Bestärkung landläufiger Vorurteile, wie wir sie oben bereits erwähnt haben. Daß auch in dieser Erklärung ein Korn Wahrheit enthalten ist, in dem natürlich gerade leitende Posten in verstaatlichten Betrieben begehrte Pfründe von allerlei bourgeoisem Gesindel und Arbeiterverrätern sind, sei unbestritten.

Die Haupterklärung für die Defizite liegt also nicht im oben Erwähnten und sie liegt schon gar nicht bei den hohen Kosten des komplizierten bürgerlichen Verwaltungsapparates. (Unserer Meinung nach dürfte übrigens die Verwaltung von Post und Bahn gar nicht so viel aufwendiger und unrationeller sein, wie bei manchen Zentren des privaten Finanzkapitals; letztere machen sicher nicht wenig Profit). Um also den Defiziten auf die Spur zu kommen, muß man bei den Ursprüngen und den ökonomischen Besonderheiten der verstaatlichten Betriebe Bahn und Post ansetzen. Warum sind denn die überhaupt Staatsbetriebe? Nicht nur in Österreich, sondern in den meisten entwickelten Ländern? Kann man sich Bahn und Post in ihrem jetzigen Produktionsumfang überhaupt als privatkapitalistische Betriebe vorstellen? Wenn nicht, warum nicht?

Es war und ist gerade der erwähnte hohe Grad an Vergesellschaftung der Produktion und die damit bei Bahn- und Postwesen verbundene hohe Kapitalerfordernis, die zu ihrer Zusammenfassung in einem Unternehmen und zu ihrer Übernahme und Leitung durch den Staat drängte. Letzteres insbesondere, da erstens die Dienste/Produktionsleistung von Post und Bahn von lebenswichtiger Bedeutung für das Funktionieren der gesamten kapitalistischen Wirtschaft sind. Jeder einzelne Kapitalist muß sich ihrer bedienen, um überhaupt produzieren lassen zu können. Die Arbeitskräfte müssen sich ihrer bedienen, sei es auf dem Weg zum oder vom Kapitalisten, sei es ganz allgemein für die Reproduktion der Arbeitskraft. Und dies in jeder Ecke des Landes — sei sie auch noch so schwer zugänglich: eine hochentwickelte Wirtschaft ohne funktionierendes Post- und Bahnnetz bzw. ohne der von ihnen geführten Produktiosleistungen ist nicht möglich.

Also sagen wir: Die hohe Vergesellschaftung der Produktion und Kapitalkonzentration in Verbindung mit Funktion und Bedeutung von Bahn und Post für die Produktion der Gesellschaft drängt zur Übernahme durch den kapitalistischen Staat.

Es entstand ein Widerspruch zwischen dem erreichten Stand der Produktivkräfte in diesem Bereich und ihrer Verwaltung durch private Kapitalisten; diese drängte zur „Lösung" durch Verstaatlichung. Wodurch kommt dieser Widerspruch zum Ausdruck?

— Die Bedeutung dieses Bereichs für alle Kapitalgruppen ist sehr groß, sie wollen auf diesem Gebiet nicht von anderen konkurrierenden Kapitalgruppen abhängig sein (siehe dazu die Art, wie die Rockefellers in den USA ihr Bahnmonopol gegen die Konkurrenz eingesetzt haben). Bahn und Post sollen „neutral" sein

— Die kapitalistische Konkurrenz, das „reine marktwirtschaftliche System", versagt völlig, wenn es um die lückenlose Versorgung des ganzen Landes mit den zur Debatte stehenden Produktionsleistungen geht. Der private Kapitalist will seinen Profit maximieren; von seiner Warte aus unprofitable Zweige, Linien, Orte etc., würden erst gar nicht versorgt. In welchen Bereichen der Post ist denn schon von „Reprivatisierung" die Rede? Doch nur in denjenigen Teilbereichen, die ohne weiteres einen Profit versprechen (siehe dazu private Paketzustellung in Großstädten). Also: Der kapitalistische Markt könnte ohne Staatseingriffe den Anforderungen der gesamten Wirtschaft nicht gerecht werden.

— Es wäre ja denkbar, daß ein einziges privatkapitalistisches Monopol (abgesehen vom obersten Punkt, der dagegen spricht) die zuletzt genannten Schwierigkeiten beseitigen könnte.

Theoretisch ja: Es müßte einfach die Preise so weit in die Höhe setzen, daß auf das gesamte — auch im entferntesten Postamt und Bahnhof — eingesetzte Kapital zumindest die Durchschnittsprofitrate rausschaut. Praktisch, bei dem erreichten Stand der Entwicklung des Kapitalismus und seinen Krisenerscheinungen, geht das auf keinen Fall mehr. Das würde ja bedeuten, die Kosten für alle anderen Kapitalisten enorm zu verteuern. Einmal würde das bewirken, daß die Profitrate des Gesamtkapitals, daß die Durchschnittsprofitrate weiter absinken würde, mit all den Auswirkungen auf die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft. Aber „nicht nur" das: Was würden denn die einzelnen Kapitalgruppen unternehmen, um ihre Kosten wieder zu senken? Sie würden Alternativen suchen; etwa noch mehr Straßenverkehr als Bahn (wobei auch dies wieder einen Rattenschwanz von krisenhaften Wirkungen hätte), es käme tatsächlich — falls nicht verboten — zur Gründung mehrerer Bahn-/Postunternehmen dort, wo die „Rosinen" liegen, die Folge wäre erst recht eine Gefährdung des Bahn-/Postwesens in entlegenen und/oder weniger profitablen Gebieten etc. etc.

So aber ist die Sache so: Der Staat verwaltet Post und Bahn stellvertretend für die Kapitalisten, er „verzichtet" auf den Anspruch des von ihm eingesetzten Kapitals auf die Durchschnittsprofitrate (oder auf den Maximalprofit, wie er einem Monopol gebührt) und holt sich die Defizite über die Steuern herein.

„Die Post, ein staatskapitalistischer Monopolbetrieb"

(aus Kommunist 6/77)

Die Kapitalistenklasse hat wesentliche Teile des Verkehrs- und Kommunikationswesens, darunter auch das Post- und Fernmeldewesen, ihrem geschäftsführenden Ausschuß, dem bürgerlichen Staat, überantwortet. Das ist das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung des Imperialismus. Diese Entwicklung beschreibt unser Programm: *Immer größer wird im Imperialismus auf Grundlage der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion bei Fortexistenz des Privateigentums die Rolle des Staates, immer mehr bläht sich der Staatsapparat auf. Immer mehr gesellschaftliche Funktionen zieht der Staat an sich und verwandelt sie in bürokratische Tätigkeiten seiner Verwaltungs und Unterdrückungsmaschinerie. Immer häufiger und tiefgreifender werden die staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben bis zur direkten Übernahme und Leitung ganzer Wirtschaftszweige im Interesse der Kapitalistenklasse."* (a)

Der Staat hat das *gesamte* Post- und Telegraphenwesen in seiner Hand. Er nimmt also Monopolstellung ein. Sein Monopol übt er aber nicht, wie gerne behauptet wird, im Dienste der Allgemeinheit, „für die Öffentlichkeit", aus, sondern im Dienste derjenigen Klasse, die alle Produktionsmittel besitzt, und die politische Macht innehat. Das ist in Österreich die Kapitalistenklasse, die Post ist daher staatskapitalistisches Monopol.

Zugleich ist in der Post die Organisationsform für sozialistische Betriebe enthalten. Lenin erklärt diesen vermeintlichen Widerspruch so: „*Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den ‚einfachen' Werktätigen, die schuften und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Demokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden . . .*" (b)

In diesem Ausdruck kommt auch der zwiespältige Charakter der Post zum Ausdruck: Einerseits „Öffentlicher Dienst", also Teil des staatlichen Verwaltungsapparates, im wesentlichen repräsentiert durch die bürgerliche Bürokratie an der Spitze dieses Apparats. Andererseits produktiver Betrieb, und als solcher heute ein strategisch wichtiger Bereich für die Kapitalistenklasse zur Abwicklung des Ausbeutergeschäfts (vor allem wegen der Vermittlung der wirtschaftlichen Kommunikation unter den Kapitalisten mittels Durchführung des Briefpostverkehrs und Fernmeldedienstes, Bau der technischen Anlagen für die bürgerlichen Massenmedien, Zahlungsverkehr usw.)

Dieser zwiespältige Charakter findet seinen Ausdruck auch in der Spaltung der Bediensteten zwischen der Dienstaufsicht einerseits und der Masse der kleinen und mittleren Bediensteten andererseits.

Als Teil des Verwaltungsapparates des Staates ist der Anteil der „toten Kosten" relativ hoch. Die realisierten Profite reichen daher nicht aus für den Ankauf von Arbeitskraft und Produktionsmitteln. Ein beträchtlicher Teil der Investitionen wird aus besonderen Mitteln angekauft, nämlich aus Steuergeldern, die der Staat den Arbeiter- und Volksmassen abpreßt. Das ist auch die Grundlage für die Spaltung zwischen den Postbediensteten und den anderen Werktätigen. Mit dem Argument der „teuren Beamten, die den Steuertopf leerfressen", versucht der Staat, das Mißtrauen der Arbeiter- und Volksmassen gegenüber dem aufgeblähten Unterdrückungs- und Verwaltungsapparat auf die Masse der kleinen und mittleren Bediensteten abzulenken. Tatsächlich muß der „Steuertopf" deshalb herhalten, weil der komplizierte bürgerliche Verwaltungsapparat hohe Kosten erfordert, und weil den Kapitalisten die Waren und Dienstleistungen der Post weit unter ihrem Wert verschleudert werden.

Da der Staat die Gesamtinteressen der Kapitalistenklasse wahrnimmt, sucht er sich zur Sicherung dieser Interessen einen Stamm besonders ergebener und zuverlässiger Lohnarbeiter aus, bzw. versichert er sich der Treue seiner Bediensteten. Er verfügt nicht nur über die Arbeitskraft, sondern verlangt von ihr auch noch ein besonderes Treuegelöbnis auf das herrschende System: *„Ich gelobe, der Republik Österreich treu und gehorsam zu sein und die Staatsgrundgesetze sowie die anderen Gesetze unverbrüchlich zu beobachten . . ."* Der Beamte hat *„alles zu vermeiden . . ., was den geordneten Gang der Verwaltung beeinträchtigen könnte."* (c)

Mit dem besonderen Dienstrecht (Dienstpragmatik, Vertragsbedienstetengesetz, Gehalts-, Gehaltsüberleitungsgesetz, usw.) fixiert der Staat nicht nur die politische und ideologische Unterordnung. Er regelt damit auch die Arbeitsbedingungen, wobei er zum Teil Schutzrechte, die sich die Arbeiterklasse erkämpft hat, außer Kraft setzt.

Dieses besondere Dienstrecht und diese besondere Dienstordnung kann er durchsetzen, da er ökonomisch eine uneingeschränkte Stellung einnimmt und politisch als Gesetzgeber die Bedingungen für die Ausbeutung im allgemeinen wie auch im besonderen für seine Betriebe festlegt.

Auch für die Post als Teil des Öffentlichen Dienstes gilt das kapitalistische Lohnsystem, gelten die Gesetze des Kapitals. Auf der einen Seite steht der Staat in der Rolle des Ausbeuters, als Besitzer von Produktionsmitteln, Verkehrsanlagen usw. und als Käufer der Ware Arbeitskraft — auf der anderen Seite steht die große Masse der Bediensteten, die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, aus der der Staat unbezahlte Mehrarbeit herauspreßt. Wie jeder andere Kapitalist versucht der Staat, den Anteil der bezahlten Arbeit zugunsten der unbezahlten Arbeit zu senken. Seine Methoden sind die üblichen: direkter Lohnraub, Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, Steigerung der Arbeitsintensität, absolute Verlängerung des Arbeitstages.

Trotz uneingeschränkter Monopolstellung und somit Kapitalkonzentration auf höchster Stufenleiter ist die Zersplitterung der Postbediensteten gewöhnlich groß. Nur ganz wenige Dienststellen haben mehr als 500 Bedienstete. Insgesamt erschweren die Abgehobenheit von den Arbeiter- und Volksmassen, die Spaltung unter den Bediensteten selbst in Dienstaufsicht und kleine und mittlere Bedienstete sowie diese räumliche Zersplitterung die Bedingungen für den wirtschaftlichen und politischen Kampf erheblich. Andererseits erschüttern selbst wirtschaftliche Kämpfe im Öffentlichen Dienst den bürgerlichen Staat ganz unmittelbar.

Organisation der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung

Der Staat, geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse, repräsentiert den Dienstherrn gegenüber der großen Masse der Bediensteten. Die grundlegende Entscheidungsgewalt fällt den obersten Gremien des Staates, der Regierung und dem Parlament zu.

Der Ministerrat, also die gesamte Bundesregierung, beschließt Gesetzesentwürfe zu den zentralen Fragen der Unternehmensführung. Und zwar in Angelegenheiten wie: Aufgabenbereich der Post, Gesamtinvestitionen, Gebühren und Tarife (also Preise für Waren und Dienstleistungen), Gehaltssystem, Dienstpostenplan, besonderes Dienstrecht einschließlich Arbeitsrecht usw. In den Gehaltsverhandlungen, also den „Lohnrunden" im Öffentlichen Dienst, ist sie der Kontrahent der Gewerkschaft.

Die Ministerratsbeschlüsse sowie die speziellen Gesetzesentwürfe des Verkehrsministeriums werden vom Parlament „im Namen des Volkes" als Gesetze verabschiedet.

Die zentrale Betriebsführung liegt in den Händen der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die eine Sektion des Bundesministeriums für Verkehr ist. Ihr untergeordnet sind für die regionalen Bereiche die Post- und Telegraphendirektionen, und zwar in:

Wien (für Wien, Niederösterreich und Burgenland),
Graz (für Steiermark),
Klagenfurt (für Kärnten),
Innsbruck (für Tirol und Vorarlberg),
Linz (für Oberösterreich und Salzburg; der Linzer Direktion unterstellt ist das Post- und Telegrapheninspektorat für Salzburg, das in Personalangelegenheiten die erste Instanz ist, also Behördenstellung einnimmt).

Aufgaben der Direktionen des Post- und Telegrapheninspektorats sind Funktionen der Verwaltung, Kontrolle und Planung. Ihnen zugeordnet und Teil des Verwaltungsapparates sind die Buchhaltungen.

Der Generaldirektion sind weiters noch zentrale Lager und Werkstätten direkt unterstellt: das fernmeldetechnische Zentralamt, die Fernmeldezentralbauleitung, die Postautohauptwerkstätte, die Post- und die Telegraphenzeugverwaltung. Die Leitungen dieser Betriebseinheiten gehören ebenfalls der Verwaltung an, zum Unterschied zu den Direktionen wird jedoch in diesen Betrieben auch produktive Arbeit geleistet.

Die Masse der Bediensteten ist in den Dienststellen des ausübenden Dienstes tätig. Das sind die rund 2.300 Post- und Telegraphenämter mit dem quantitativ größten Anteil an Bediensteten, gefolgt von den Fernmeldebetriebs- und Telegraphenbauämtern.

(aus Kommunist 6/77)

(a) Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs, Seite 12. Wie dies in der Geschichte der Entwicklung des Kapitalismus zuerst die Verkehrsanstalten erfaßt, führt Engels in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft", MEW, Band 19, Seite 221/222 aus.
(b) Lenin, Werke Band 25, Seite 439
(c) Dienstpragmatik, § 21